AMNESTY

MAGAZIN DER MENSCHENRECHTE

Nr. 88
Dezember 2016

HAND IN HAND

FREUNDSCHAFT, SOLIDARITÄT UND MENSCHENRECHTE

AMNESTY INTERNATIONAL

© Klaus Petrus

GENERALVERSAMMLUNG 2017

22. UND 23. APRIL 2017
IN BASEL

EINGABESCHLUSS MOTIONEN UND POSTULATE:
FREITAG, 24. FEBRUAR 2017
ANMELDUNG AB 1. FEBRUAR 2017
AUF WWW.AMNESTY.CH/GV

AMNESTY INTERNATIONAL

DER KAMPF FÜR DIE MENSCHENRECHTE KENNT KEINE PAUSEN!

AMNESTY INTERNATIONAL

Unterstützen Sie
Amnesty International
mit einer regelmässigen Spende.

WWW.AMNESTY.CH

Titelbild
Ein Flüchtling lässt sich beim Verlassen des Flüchtlingsbootes helfen.
Griechenland, Februar 2016.
© Reuters/Giorgos Moutafis

AKTUELL

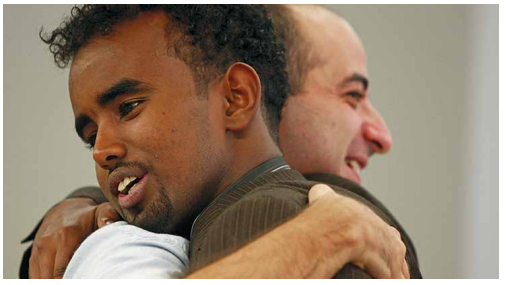
4 **Good News**

6 **Aktuell im Bild**

7 **Nachrichten**

9 **Brennpunkt**
Denkzettel der Zornigen

HAND IN HAND – FREUNDSCHAFT, SOLIDARITÄT UND MENSCHENRECHTE



10 **Gemeinsam geht es besser**

12 **Aus Engagement wird Freundschaft**
AktivistInnen setzen sich für Unbekannte ein – und werden FreundInnen.

14 **Muamina und Ruth**
Eine syrische Kurdin schafft die Flucht – dank ihrer Freundin.

18 **Solidarität auf See**
Logbuch eines Einsatzes auf dem Mittelmeer.

22 **Was ist schon eine Revolution**
Gemeinsames Engagement, gemeinsame Gefängniszelle.

26 **«Trennlinien verlaufen nicht mehr entlang von Grenzen»**
Die Trägerin des Alternativen Nobelpreises über zivilgesellschaftliche Solidarität.

28 **Ohne Verbindung zur Aussenwelt**
Nordkorea verunmöglicht Auslandkontakte.

29 **«Ein Teil von mir ist gefangen»**
Shawkans Freund berichtet.

Seit Ewigkeiten befreundet, seit drei Jahren getrennt: Ahmed Abu Seifs Freund Shawkan sitzt unschuldig im Gefängnis.

30 **Gefährliche Freundschaften**
Wie Salafisten Jugendliche rekrutieren können.

32 **«Man muss wieder Subjekt werden»**
Der Hirnforscher Gerald Hüther über Verbindendes und Trennendes.

KULTUR

34 Film
Hoffnung trifft Furcht

35 Buch
Vorgaben, Widersprüche, Selbstzensur

36 Buch
«Die Globalisierungskritiker haben sich globalisiert»

37 Buch
Auf den Punkt gebracht

AKTION

39 AI-Aktiv weltweit
«Die Menschen stehen zwischen den Fronten»

40 Aktion
Briefe gegen das Vergessen

Impressum: «AMNESTY», Magazin der Menschenrechte, Nr. 88, Dezember 2016. **Verantwortliche Redaktion:** Manuela Reimann Graf (mre.), Carole Scheidegger (cas., verantwortliche Redaktorin). **MitarbeiterInnen dieser Nummer:** Nina Astfalck, Lynn Dudenhöefer, Vera Dudik, Raphaël Fournier, Peter Franck, Lea Frehse, Christine Newald, Maik Söhler, Carsten Stormer, Uta von Schrenk. **Korrektorat:** Korrektorat Vogt, Muri bei Bern. **Übersetzung:** Franziska Fausch, Lyss. **Gestaltung:** www.muellerluetolf.ch. **Druck:** Stämpfli AG, Bern. **Die Mitgliederzeitschrift «AMNESTY»** erscheint viermal jährlich in Deutsch und Französisch. **Redaktionsschluss der nächsten Nummer:** 20. Januar 2017. **Distribution: «AMNESTY,** Magazin der Menschenrechte» erhalten alle, die die Schweizer Sektion von Amnesty International mit mindestens 30 Franken jährlich unterstützen. Über die Veröffentlichung von Fremdbeiträgen entscheidet die Redaktion. Alle Rechte vorbehalten. © Amnesty International, Schweizer Sektion. **Spendenkonto:** Amnesty International, Schweizer Sektion, 3001 Bern (PC 30-3417-8). **Redaktionsadresse:** Magazin **«AMNESTY»,** Redaktion, Postfach, 3001 Bern. Tel.: 031 307 22 22, E-Mail: info@amnesty.ch. **Auflage:** 90800 (dt.).

www.amnesty.ch **facebook.com/amnesty.schweiz** **twitter.com/amnesty_schweiz** **International: www.amnesty.org**

Freundschaft? Solidarität? Finden Sie diese Begriffe altbacken? Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte besagt, es sei wesentlich, «die Entwicklung freundschaftlicher Beziehungen zwischen Nationen zu fördern». Dass solche Völkerfreundschaften auch ad absurdum geführt werden können, wissen wir spätestens seit dem Kalten Krieg. Und wenn wir aktuell auf die Welt blicken, sehen wir wenig Solidarität.

Trotzdem: Freundschaft ist ein ganz wesentlicher Pfeiler in Gesellschaften, die für Freiheit, Gerechtigkeit und Frieden – ebenfalls Werte aus der Menschenrechtserklärung – einstehen wollen. «Es gibt Menschen nur in Verbundenheit», sagt Hirnforscher Gerald Hüther im Interview.

Beim Einsatz für die Menschenrechte blitzen verschiedene Facetten von Freundschaft und Solidarität auf: Da sind die Amnesty-Mitglieder, die bei unzähligen Strassenaktionen zu engen Freunden werden. Oder Menschen, die einem Häftling auf der anderen Seite der Welt Briefe schreiben. Menschenrechtlerinnen, die über Konfliktlinien hinweg zusammenarbeiten. Aber auch dunkle Seiten: Regimes wie Nordkorea, die ihre Bevölkerung am Kontakt mit Freundinnen und Freunden hindern. Denn diese Regimes wissen und fürchten: Wenn Menschen sich verbinden, können sie alles erreichen.

Ein Produkt grenzüberschreitender Freundschaft ist dieses Magazin: Die deutsche, die österreichische und die Schweizer Amnesty-Sektion haben dafür zusammengespannt. Wir wünschen Ihnen eine interessante Lektüre und einen schönen Jahreswechsel.

Carole Scheidegger, verantwortliche Redaktorin

GOOD NEWS

Keine weitere Verschärfung

POLEN – Am 6. Oktober stimmte das polnische Parlament mit grosser Mehrheit gegen einen geplanten Gesetzesentwurf zur Verschärfung der ohnehin schon strengen Abtreibungsgesetze. Amnesty International wertet dies als grossen Erfolg für die Rechte von Frauen und Mädchen in Polen.

© TvKryzys

«Keinen Schritt weiter»: Mit diesem Slogan demonstrierten Tausende für das Recht der Frau, selbst zu bestimmen: Warschau, September 2016.

Sacharow-Preis für Jesidinnen

IRAK – Die irakischen Jesidinnen Nadia Murad und Lamija Adschi Baschar wurden vom EU-Parlament mit dem renommierten Sacharow-Preis ausgezeichnet. Die beiden Frauen waren selber von IS-Kämpfern verschleppt worden. Nadia Murad macht seit ihrer Flucht auf das Schicksal der religiösen Minderheit der JesidInnen aufmerksam, heute ist sie Uno-Sonderbotschafterin.

Todesstrafe umgewandelt

KENIA – Präsident Uhuru Kenyatta hat alle Todesurteile in lebenslange Haftstrafen umgewandelt. Betroffen sind rund 2747 Insassen von Todeszellen. Die Todesstrafe – durch Erhängen – wird in Kenia seit 1987 nicht mehr vollzogen. Präsident Kenyatta begnadigte ausserdem 102 langjährige Gefängnisinsassen.

Nach 14 Jahren Guantánamo endlich frei

USA – Haft ohne Anklage, Folter, Drohungen gegenüber seiner Familie: Jetzt endlich kann Mohamedou Ould Slahi nach Hause zurückkehren. Seit 2002 wurde der gebürtige Mauretanier auf Kuba festgehalten. 2015 wurden Notizen, die Mohamedou Ould Slahi während seiner Zeit in Guantánamo an seine Rechtsbeistände geschrieben hatte, unter dem Titel «Das Guantánamo-Tagebuch» veröffentlicht. In den Notizen beschrieb er detailliert die Umstände seiner Haft. So soll er fast 70 Tage am Stück am Schlafen gehindert worden sein, indem

© ICRC

Mohamedou Ould Slahi

NEWS

man ihn Scheinwerferlicht und anhaltender lauter Heavy-Metal-Musik aussetzte. Ausserdem bedrohte man ihn und seine Familie, schüchterte ihn mithilfe eines Hundes ein, griff ihn tätlich an, setzte ihn der Kälte aus und begoss ihn mit kaltem Wasser. Zudem wurden ihm zeitweise Nahrungsmittel verweigert.

Entführte Mädchen frei

NIGERIA – Zweieinhalb Jahre waren sie in den Fängen von Boko Haram: Am 13. Oktober konnten 21 SchülerInnen, die von der Terrormiliz entführt und versklavt worden waren, befreit werden. Fast 300 Mädchen waren im April 2014 aus dem entlegenen Chibok im Nordosten Nigerias verschleppt worden, 197 der Mädchen sind heute noch in den Fängen von Boko Haram. Unter dem Schlagwort BringBackOurGirls wurde eine weltweite Kampagne gestartet.

Homa Hoodfar freigelassen

IRAN – Die bekannte Anthropologie-Professorin Homa Hoodfar ist frei. Hoodfar war am 6. Juni im Iran willkürlich festgenommen worden und befand sich danach bis zu ihrer Entlassung in Einzelhaft. Ihr wurde nur ein einziges Treffen mit ihrem Rechtsbeistand und nur sehr eingeschränkt Zugang zu ihrer Familie gewährt. Die Anthropologin war am 11. Februar 2016 in den Iran gereist, um ihre Familie zu besuchen und historische Forschungen über die Beteiligung von Frauen an den Wahlen im Iran seit 1906 durchzuführen. Sie wurde unter anderem wegen ihres feministischen Engagements und der «Verbreitung von Propaganda gegen das System» sowie der «Zusammenarbeit mit feindlichen Regierungen» angeklagt. Staatliche Medienagenturen bezichtigten sie, «die Agentin einer Operation zum Aufbau eines feministischen Netzwerks» zu sein.

Martin-Ennals-Preis für Ilham Tohti

CHINA – Der diesjährige Martin-Ennals-Preis für MenschenrechtsverteidigerInnen geht an Ilham Tohti. Der Wissenschaftler setzt sich seit 20 Jahren für die Rechte der uigurischen Minderheit im Westen Chinas ein. Seit 2014 sitzt er im Gefängnis. Der Martin-Ennals-Preis wird von zehn führenden Menschenrechtsorganisationen, darunter Amnesty, vergeben. Er geht an Menschen, die sich unter grossem persönlichem Risiko für die Menschenrechte engagieren.

© Private

Ilham Tohti

Umweltaktivist freigelassen

MEXIKO – Ildefonso Zamora, ein indigener Umwelt- und Menschenrechtsaktivist, der sich für den Schutz eines Waldgebietes auf dem angestammten Land seiner Gemeinde einsetzt, ist am 12. August nach fast neun Monaten Haft aus dem Gefängnis im mexikanischen Bundesstaat México entlassen worden. Zamora sagte nach seiner Freilassung: «Es ist grossartig, wieder bei meiner Familie und meiner Gemeinschaft zu sein, nachdem ich fast neun Monate zu Unrecht inhaftiert war. […] Das grösste ‹Verbrechen›, das ich begangen habe, ist, dass ich die Zertifizierung und Anerkennung des angestammten Landes von San Juan Atzingo erreicht […] und gegen die exzessive Abholzung unserer Wälder gekämpft habe. Mit unserem Kampf haben wir persönliche, wirtschaftliche und politische Interessen verletzt.»

© Greenpeace Mexico

War fast neun Monate im Gefängnis: Ildefonso Zamora.

IN KÜRZE

BANGLADESCH – Der 81-jährige Journalist Shafik Rehman wurde Anfang September auf Kaution freigelassen. Er ist ein bekannter Unterstützer der grössten Oppositionspartei, der Bangladesh National Party, und ist in der Vergangenheit bereits mehrfach wegen seiner journalistischen Arbeit zum Ziel der Behörden geworden. Er sass vier Monaten ohne Anklage im Gefängnis.

ÄGYPTEN – Der Vorsitzende des Vorstands der «Ägyptischen Kommission für Rechte und Freiheiten», Ahmed Abdullah, wurde am 10. September gegen Kaution freigelassen, nachdem er über vier Monate ohne Gerichtsverfahren inhaftiert war. Er ist der Ansicht, dass der Grund für seine Festnahme sein Einsatz gegen das Verschwindenlassen von Giulio Regeni, einem italienischen Studenten, war. Giulio Regenis Leichnam wurde im Februar dieses Jahres am Stadtrand von Kairo gefunden und wies Zeichen von Folter auf.

OMAN – Der gewaltlose politische Gefangene Saeed Jaddad ist am 26. August aus der Haft entlassen worden, nachdem er neun Monate seiner einjährigen Strafe abgeleistet hatte. Er war im Zusammenhang mit einem Blogbeitrag vom Oktober 2014 wegen «Anstiftung zum Bruch der nationalen Einheit und Verbreitung von Unruhen innerhalb der Gesellschaft» verurteilt worden. Er hatte die Proteste in der Provinz Dhofar von 2011 mit den Protesten in Hongkong von 2014 verglichen.

© Iiro Ose/ReduxReduxlaif

SÜDSUDAN – Im Juli versank der Südsudan erneut im Chaos, als in der Hauptstadt Juba Kämpfe ausbrachen. Regierungstruppen töteten Angehörige der ethnischen Gruppe der Nuer, vergewaltigten Frauen und Mädchen und begingen massive Plünderungen. Zehntausende Menschen flohen nach Uganda. Ende August besuchte der UNHCR-Hochkommissar Filippo Grandi das Flüchtlingslager im Adjumani-Distrikt in Uganda. Die Flüchtlinge empfingen ihn zwar festlich gekleidet, aber mit Plakaten, auf welchen sie ihn auf ihren Hunger aufmerksam machten.

© AI

Die versiegelte Tür des Büros von Amnesty International in Moskau.

Jetzt war Amnesty dran

RUSSLAND – Die russischen Behörden haben das Büro von Amnesty International in Moskau am 2. November ohne Vorwarnung versiegelt. Amnesty habe die Miete nicht bezahlt, begründete die Stadtverwaltung die Aktion. Die MitarbeiterInnen in Moskau konnten jedoch ihre pünktlichen Mietzahlungen belegen. Die Situation scheint sich jetzt zu klären.

Trump muss Menschenrechte achten

USA I – Nach der Wahl Donald Trumps zum 45. Präsidenten der Vereinigten Staaten verlangt Amnesty International ein klares Bekenntnis zu den Menschenrechten. Im Vorfeld der Wahl habe Trump eine zum Teil giftige Rhetorik genutzt, sagte Margaret Huang, Geschäftsführerin von Amnesty International USA. «Diese kann und darf nun nicht in Regierungspolitik umgesetzt werden. Die rassistischen, sexistischen und anderen hasserfüllten Aussagen von Trump haben in einer Regierung nichts zu suchen.»

Todesstrafe: Wieder mehr statt weniger

USA II – Am Tag der Präsidentenwahl wurde in drei US-Bundesstaaten auch über die Todesstrafe abgestimmt: In Kalifornien entschieden die StimmbürgerInnen, dass die Todesstrafe beibehalten wird. Mit grosser Mehrheit hat der Staat Nebraska, dessen Parlament die Abschaffung der Todesstrafe eingeleitet hatte, die Wiedereinführung beschlossen. In Oklahoma stimmten die Wähler für eine Initiative, die die Todesstrafe in der Verfassung des Staates verankert.

Nils Melzer neuer Uno-Sonderberichterstatter für Folter

SCHWEIZ – Der Schweizer Völkerrechtsexperte Nils Melzer wurde zum Uno-Sonderberichterstatter für Folter ernannt. Er ist seit dem 1. November im Amt, davor lehrte der promovierte Völkerrechtler an der Genfer Akademie für humanitäres Völkerrecht und Menschenrechte sowie am Genfer Zentrum für Sicherheitspolitik (GCSP). Der ehemalige IKRK-Delegierte gab 2013 dem Amnesty-Magazin ein Interview über die Entwicklung von Drohnen als Kriegswaffen. («**AMNESTY** – Magazin der Menschenrechte» von Mai 2013).

ICC verliert Mitglieder

SÜDAFRIKA – Südafrika beabsichtigt, die Mitgliedschaft im Internationalen Strafgerichtshof (ICC) zu kündigen, wie zuvor auch Burundi und Gambia. Das Land reagiert damit auf die Strafverfolgung durch den ICC: Südafrika hatte sich geweigert, den sudanesischen Präsidenten Omar Al-Bashir auszuliefern, als dieser das Land im Juni 2015 anlässlich des Gipfels Afrikanischer Staaten besuchte. Al-Bashir wird vom ICC wegen Kriegsverbrechen gesucht. Die südafrikanische Regierung ist der Meinung, in dieser Sache vom ICC ungerecht behandelt worden zu sein.

© Anjo Kan / shutterstock

Kein Ort für Kinder: Der «Dschungel» von Calais.

Die Kinder von Calais

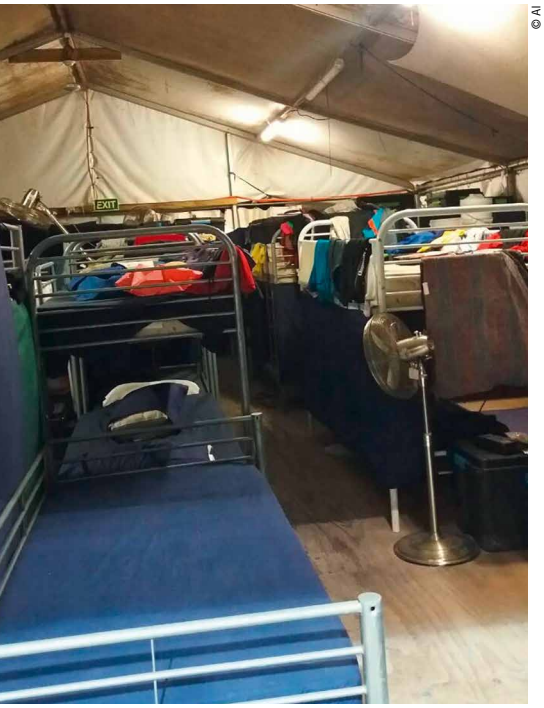
FRANKREICH – Seit der Räumung des Lagers in Calais Ende Oktober sind rund 1500 minderjährige Flüchtlinge in nahegelegene Wohncontainer oder andere Aufnahmezentren gebracht worden. Nun streiten sich Frankreich und Grossbritannien in der Frage, wer die Verantwortung für die Kinder in Calais übernehmen soll. Die britische Regierung hat zuletzt zwar rund 300 unbegleitete Minderjährige ins Land gelassen, weigert sich aber, weitere aufzunehmen. Nach der Dublin-III-Verordnung sind beide Länder dazu verpflichtet, Minderjährige mit ihren Familien zusammenzuführen.

Frieden auf Eis

KOLUMBIEN – Am 7. Oktober wurde dem kolumbianischen Präsidenten Juan Manuel Santos für seine Anstrengungen, den mehr als 50 Jahre andauernden Bürgerkrieg in seinem Land zu beenden, der Friedensnobelpreis verliehen. Wenige Tage davor, am 2. Oktober, hatte das kolumbianische Stimmvolk gegen den Vertrag gestimmt, den die Regierung mit der Farc-Guerilla ausgehandelt hatte. Der knappen Mehrheit waren die Zugeständnisse an die Guerilla zu gross. Die Entscheidung des Nobelkomitees dürfte den AnhängerInnen des Abkommens nun wieder Mut machen. Und tatsächlich gibt es noch Hoffnung: Am 12. November haben sich die Regierung und die Farc auf einen neuen Vertrag geeinigt.

Hinrichtung trotz Schizophrenie

PAKISTAN – Imdad Ali leidet unter paranoider Schizophrenie. Nach Angaben seines Arztes sei er nicht zu rationalem Denken fähig und er könne die Konsequenzen seiner Taten nicht beurteilen. Dennoch soll er hingerichtet werden – obwohl dies internationalem Recht widerspricht. Der Oberste Gerichtshof des Landes entschied, dass Schizophrenie keine dauerhafte geistige Behinderung sei, womit die Exekution jederzeit stattfinden kann. Pakistan hat im Dezember 2014 ein langjähriges Moratorium der Todesstrafe aufgehoben und seitdem mehr als 420 Menschen hingerichtet. Ungefähr 7000 Menschen sitzen in Todeszellen.



© AI

Über 400 Asylsuchende und Flüchtlinge leben in solchen Unterkünften auf Nauru. Die Temperaturen in den Zelten können bis 50 Grad Celsius erreichen.

Insel der Verzweiflung

NAURU – In der letzten Ausgabe des **AMNESTY**-Magazins berichteten wir von Australiens Umgang mit Flüchtlingen: Australien hindert Asylsuchende mit allen Mitteln daran, ins Land zu gelangen. Flüchtlinge werden noch auf hoher See abgewiesen oder auf benachbarten Inseln interniert. Während das Magazin in Druck war, gelang es ResearcherInnen von Human Rights Watch und Amnesty International, sich «undercover» 12 Tage lang auf Nauru aufzuhalten und mit 84 Flüchtlingen und Angestellten der Lager zu sprechen. Die Befragten bestätigten die inhumanen Lebensbedingungen im Lager, wie sie in unserem Artikel beschrieben worden waren.

© AI

Täglich kommen neue Flüchtlinge in Italien an.

Schläge und Abschiebungen

ITALIEN – Der Druck der Europäischen Union, an den Aussengrenzen schärfer gegen Flüchtlinge sowie Migrantinnen und Migranten vorzugehen, hat in Italien zu Misshandlungen durch die Polizei geführt, wie Amnesty International Anfang November dokumentierte. In einigen Fällen grenzen die Misshandlungen an Folter. So würden Schläge, Elektroschocks sowie sexuelle Erniedrigung angewandt, um Fingerabdrücke zu erzwingen. Mit diesen Mitteln wolle Italien die strengen EU-Richtlinien zur Registrierung von neu ankommenden MigrantInnen umsetzen, schreibt Amnesty. Zudem sei es auch zu unerlaubten Abschiebungen von MigrantInnen gekommen. Auch die Schweiz trägt eine Verantwortung: Fast die Hälfte aller Rückführungen nach Italien kommt von hier, doch die Schweiz tut wenig zur Entlastung des südlichen Nachbars.

JETZT ONLINE

Write for Rights 2016: Der Briefmarathon 2016 ist gestartet. Wie jedes Jahr schreiben zahllose Menschen auf der ganzen Welt Briefe für Gewissensgefangene und Personen, die aufgrund ihres Engagements für die Menschenrechte in Gefahr sind. Lassen Sie sich durch das Video motivieren!

Eine unglaubliche Reise: Was die beiden behinderten Flüchtlinge Alan und Gyan geschafft haben, ist unglaublich. Die abenteuerliche Flucht aus Syrien gelang, doch sitzen die beiden nun auf einer griechischen Insel fest. Ein Film über ihre Flucht und ihre Lage im griechischen Camp.

Jetzt auf www.amnesty.ch/magazin-dezember16

DENKZETTEL DER ZORNIGEN

© Keystone/EPA/Francis R. Malasig

Der philippinische Präsident Rodrigo Duterte will sein Land drogenfrei machen, was eine brutale Hetze zur Folge hat. Im Bild: Eine Razzia im Osten Manilas.

Die Philippinen sind seit Jahren ein Eldorado für chinesische Syndikate, mexikanische Kartelle und die japanische Mafia. Kriminelle überschwemmen das Land mit der Billigdroge Crystal Meth, die in den Philippinen Schabu genannt wird, einem Aufputschmittel, das Hunger, Müdigkeit und Schmerzen unterdrückt. Über vier Millionen Filipinos und Filipinas sollen der Droge verfallen sein. Sie zerreisst Familien und vernichtet Existenzen. Vor allem die Armen versuchen mit den Billigamphetaminen ihr Schicksal schönzurauchen. Vom Drogenhandel profitieren auch korrupte StaatsdienerInnen, die ihre Hand aufhalten und Verbrecher schützen.

Seit dem Amtsantritt des neuen Präsidenten Rodrigo Duterte im Juni soll Schluss damit sein. Mit seiner Vision einer drogenfreien Gesellschaft gewann er erdrutschartig die Wahl. Duterte war ein Underdog aus dem vernachlässigten Süden der Philippinen, jahrzehntelang Bürgermeister der Stadt Davao auf der Insel Mindanao, auf der Todesschwadronen mehr als tausend Kleinkriminelle, Strassenkinder und DealerInnen mit Dutertes Duldung getötet haben sollen.

«Tötet sie alle und beendet das Problem», befahl der Siebzigjährige den PolizistInnen und versprach, 100 000 Leichen in die Bucht von Manila werfen zu lassen. In dem von Korruption, Machtmissbrauch und Verbrechen gebeutelten Inselstaat, in dem die Eliten sich schamlos bereichern und die Armen vom Wirtschaftswachstum so gut wie ausgeschlossen sind, kam dies gut an. Viele verehren Duterte wie einen Messias. Sie nennen ihn Duterte Harry, nach «Dirty Harry», dem schiesswütigen Polizisten in einem US-Thriller.

Die Wahl Dutertes ist ein Denkzettel der Zornigen und Enttäuschten für die Oligarchie, die seit Jahrzehnten das Volk mit leeren Wahlversprechen belügt, sich schamlos bereichert, Steuergelder in die eigenen Taschen stopft und in einem System völliger Straflosigkeit keinerlei Konsequenzen fürchten muss. Die derzeitigen Menschenrechtsverletzungen, die täglichen Morde, die Quasi-Abschaffung des Rechtsstaats werden von der Mehrzahl der 102 Millionen BürgerInnen nicht befürwortet, aber hingenommen. Inzwischen wird auch laut über die Wiedereinführung der Todesstrafe diskutiert.

Seit dem Befehl des Präsidenten, die Philippinen innerhalb von drei bis sechs Monaten drogenfrei zu bekommen, ist ein brutaler Krieg entflammt, der täglich Dutzende neuer Opfer fordert. Die bisherige Bilanz: Über 4800 Tote seit Ende Juni. Davon wurden mehr als tausend Menschen bei Anti-Drogen-Einsätzen von Polizisten getötet, die übrigen von unbekannten Killern. Die meisten davon Kleindealer. Der Grossteil von ihnen wurde in Polizeirazzien getötet, die nach dem immer gleichen Muster ablaufen: Zivilfahnder stürmen eine vermeintliche Drogenhöhle und am Ende liegen mehrere Männer von Kugeln durchsiebt am Boden. Die Opfer hätten sie mit einer Waffe bedroht, erklären die Beamten jedes Mal. Als Beweis präsentiert die Polizei anschliessend Fotos, auf denen die Toten mit einer Pistole abgebildet sind, daneben Tütchen mit Crystal Meth. Überprüfen kann das niemand. Menschenrechte gelten nichts mehr, kritische Stimmen unterbrach Duterte mit der Frage: «Sind Drogenabhängige Menschen? Was ist eure Definition eines menschlichen Wesens? Sagt es mir.»

Carsten Stormer

Gemeinsam geht es besser

Was hat Freundschaft denn mit Menschenrechten zu tun? Eine ganze Menge. Ohne Mitgefühl und Solidarität über Grenzen hinweg gäbe es weder private Flüchtlingshilfe noch den Einsatz vieler Menschen gegen die Todesstrafe oder gar die Zusammenarbeit von Menschenrechtsorganisationen verfeindeter Staaten.

© Reuters / Darrin Zammit Lupi

Aus Engagement wird Freundschaft

Unzählige Leute setzen sich gemeinsam mit Amnesty International für andere Menschen ein. Für Menschen, die sie noch nie gesehen haben und die vielleicht Tausende Kilometer entfernt leben. Manchmal entstehen aus diesem Einsatz echte Freundschaften.

Von Carole Scheidegger und Lynn Dudenhöefer
Zeichnungen: Julia Krusch

Befreundet seit 35 Jahren | «Ich hatte sie dreieinhalb Jahre im Herzen, als ich Briefe für sie schrieb. Und plötzlich stand ein Mensch aus Fleisch und Blut vor mir.» Ileana Heer erinnert sich noch genau an den Tag vor 35 Jahren, als sie Rosa* am Flughafen Zürich endlich umarmen durfte. Die gebürtige Tessinerin, die schon seit Langem in der Deutschschweiz lebt, hatte zuvor viele Briefe an die argentinische Militärjunta geschrieben. Darin forderte sie die Freilassung von Rosa, einer jungen Bolivianerin, die während Argentiniens Militärdiktatur in den 1970er-Jahren eingesperrt wurde, weil sie sich für die Menschenrechte eingesetzt hatte. «Ich war natürlich nicht allein in meinem Einsatz; meine ganze Amnesty-Gruppe schrieb Briefe. Auch die damalige Vizepräsidentin der Schweizer Amnesty-Sektion, Marta Fotsch, engagierte sich stark», erinnert sich Ileana. Endlich kam Rosa frei, und es gelang, sie in die Schweiz zu holen. Von hier aus suchte die Bolivianerin nach ihrer kleinen Tochter Tamara, die während der Gefangenschaft der Mutter verschwunden war. Schliesslich fand sie das Mädchen mit Hilfe der «Abuelas de Plaza de Mayo» in Buenos Aires – das sind jene Grossmütter, die seit Jahrzehnten nach ihren während der Militärdiktatur verschwundenen Kindern und Enkelkindern suchen. Rosa konnte ihre Tochter mit in die Schweiz nehmen. Ileana Heer nahm an dieser bewegten Geschichte stetig Anteil, war Rosas Trauzeugin und wurde viele Jahre später auch an die Hochzeit der mittlerweile erwachsenen Tamara eingeladen. Manchmal lag ein langer Weg zwischen den beiden Frauen, denn Rosa zog zuerst nach Spanien, dann nach Bolivien und wieder zurück nach Spanien. Trotzdem riss der Draht nie ab. Ileana Heer sagt: «Zwischen uns gibt es eine Verbundenheit, die nicht endet, selbst wenn wir uns länger nicht sehen.»

* Nachname der Redaktion bekannt

Befreit aus der Todeszelle | Wie ein Kind vor Weihnachten: So fühlte sich Charles Perroud in den Tagen, bevor er endlich Hamid Ghassemi-Shall persönlich treffen konnte. Hamid war eben erst nach Kanada zurückgekehrt. Davor hatte er fünf Jahre lang im berüchtigten Evin-Gefängnis in Irans Hauptstadt Teheran gesessen. Der kanadisch-iranische Doppelbürger war im Mai 2008 festgenommen worden, als er gerade seine Mutter im Iran besuchte. Auch sein älterer Bruder wurde verhaftet. In einem unfairen Verfahren verurteilte ein Gericht beide Männer wegen «Spionage» zum Tod. Hamids Bruder Alborz starb im Januar 2010 im Gefängnis. Die Todesursache ist unklar.

Antonella Mega, die in Kanada lebende Frau von Hamid Ghassemi-Shall, hörte eineinhalb Jahre lang nichts von ihrem Mann, der in Einzelhaft sass. Irgendwann erhielt sie die Nachricht von einer drohenden Hinrichtung. In ihrer Verzweiflung wandte sie sich im Februar 2011 an Amnesty International Kanada. So lernte sie Charles Perroud kennen. Er war damals als Aktivismus-Koordinator angestellt, nebenbei war er auch als ehrenamtlicher Fachmann für das Thema Todesstrafe und für Aktionen zum Iran bei Amnesty tätig. Charles organisierte diverse Aktionen zum Fall Ghasse-

mi-Shall, eine davon in Montreals Innenstadt: Amnesty-Mitglieder bauten aus Holz eine Gefängniszelle nach, in der Charles 24 Stunden lang trotz kanadischem Winterwetter ausharrte. Die Aktionen zeigten Wirkung, die Medien und die Politik begannen sich schliesslich für Hamid zu interessieren. «Ich habe mich schon für viele Gefangene eingesetzt, aber so berührt wie dieser hat mich kein Fall», sagt Charles. Als schliesslich 2013 die erlösende Nachricht von Hamids Freilassung kam, übte er zuerst Zurückhaltung. «Ich wollte sicher sein, dass die Sache stimmt – schliesslich wäre es nicht die erste Falschmeldung aus dem Iran.» Aber doch, es war wahr und Hamid kehrte am 10. Oktober 2013 nach Kanada zurück. Drei Wochen später konnte Charles den Mann, für den er sich so intensiv eingesetzt hatte, endlich in die Arme schliessen. Noch heute haben die beiden Kontakt. Da 600 Kilometer zwischen Charles' Wohnort in Trois-Rivières in Quebec und Hamids und Antonellas Daheim in Toronto liegen, sehen sie sich nicht so oft, wie sie das gern hätten. Aber die Verbindung bleibt. Auch mit Antonella ist Charles befreundet. Schliesslich arbeiteten sie so lange Seite an Seite für Hamids Freilassung – eine prägende Erfahrung. I

Die Hoffnung bleibt | Kevin Cooper wurde 1985 wegen vierfachen Mordes zum Tode verurteilt. Mehr als 30 Jahre später sitzt er immer noch in der Todeszelle im Gefängnis San Quentin in Kalifornien. Er hat stets betont, dass er unschuldig sei. Kate Orange ist Allgemeinärztin und langjährige Amnesty-Unterstützerin. Sie lebt in Upper Hutt in Neuseeland. Zwischen den beiden Leben liegen über 10 000 Kilometer. Dennoch unterhalten sie eine einmalige Freundschaft.

Kate hörte erstmals von Kevin, als sie mit ihrem Mann und ihren beiden Söhnen in Kalifornien lebte. Das war 1992. Sie begann, ihm Briefe zu schreiben. Aus Briefen wurden Besuche. Kate beschreibt Kevin als starke Persönlichkeit. Er lese und informiere sich über die «Welt draussen». Deshalb schickt die Ärztin dem Gefangenen regelmässig Fotos. Er hat in seiner Zelle keinen Stuhl oder Schreibtisch. Wenn er schreibt, sitzt er auf einem Eimer.

Trotz zahlreicher Besuche im San-Quentin-Gefängnis kann sich Kate nicht an die Umgebung gewöhnen, in der Kevin seine Tage verbringt. Mehr als 700 Männer leben in käfigähnlichen Zellen. Kate sagt: «Es ist schwer zu beschreiben, was ich nach einem Gefängnisbesuch fühle. Ich bekomme meinen Pass zurück und es wird mir ‹ein schöner Tag› gewünscht. Ich bringe jeweils keine Antwort heraus, ich kann nur nicken.»

Im Februar 2004 wäre Kevin beinahe hingerichtet worden. Nur gerade vier Stunden vor der Hinrichtung wurde diese aufgeschoben. Kate kann diesen Tag nicht vergessen: «Wie soll man verstehen, dass einem Freund ein Termin gesetzt wurde, an dem er sterben soll?» Heute haben Kate und Kevin die Hoffnung, dass sein Todesurteil in eine Haftstrafe umgewandelt werden könnte. «Als Kevin kurz vor der Hinrichtung stand, wollte er, dass seine Asche in Neuseeland verstreut wird, weil er auf meinen Fotos gesehen hat, wie es hier aussieht», sagt Kate. «Zum Glück kam es nie so weit. Jetzt sprechen wir darüber, dass seine Asche nach Neuseeland geschickt wird, wenn er als alter Mann stirbt – hoffentlich in Freiheit.» I

I Mehr Informationen: http://savekevincooper.org/

© Amnesty Schweiz /mre

Muamina und Ruth

Zwei Mal flohen Muamina und ihre Kinder aus Syrien in die Schweiz. Aber erst beim zweiten Mal konnten sie auch bleiben. Eine ganz wesentliche Rolle spielt dabei Ruth, die Muamina 2008 in der Asylunterkunft kennen gelernt hatte und die seither immer für sie da ist. Von Manuela Reimann Graf

FEBRUAR 2013. ISTANBUL. Endlich, endlich kam der langersehnte Anruf: «Ruth, hier Muamina. Wir sind da, in Istanbul.» Muamina hatte die Flucht aus Syrien geschafft – mit Bussen, in Autos von Helfern und langen Strecken zu Fuss, im Regen. Allein, mit ihren fünf Kindern zwischen zwei und zehn Jahren. Sie war irgendwo am Stadtrand von Istanbul angekommen. Die syrische Kurdin hatte keine Ahnung, wie sie zu ihrem Ziel, der Schweizer Botschaft im Stadtzentrum, gelangen sollte. Sie konnte kein Türkisch. Alle hatten Hunger. Und immer noch grosse Angst. Sie liefen einfach los. Liefen und liefen. «Glücklicherweise stiess ich auf eine Frau, die auch kurdisch sprach und die uns bei sich aufnahm. Endlich konnte ich Ruth anrufen.»

Am anderen Ende des Drahtes, weit weg in der Schweiz, nahm Ruth Zimmermann das Telefon ab. «Am Anfang dieses Gesprächs konnten wir beide nur weinen. Vor Erleichterung», erzählt Ruth. «Doch dann sofort die bange Frage: Und jetzt, wie weiter?» Ruth hatte Muamina zur Flucht nach Istanbul gedrängt, um dort auf der Schweizer Botschaft Asyl zu beantragen. Denn in Syrien war Krieg ausgebrochen. Die syrische Regierung ging immer härter gegen die Bevölkerung vor, die Lage wurde immer gefährlicher, gerade für KurdInnen. Ruth: «Ich wusste, ich musste alles versuchen, um Muamina aus Syrien herauszuholen. Nur schon wegen der Kinder.» Irgendwie überzeugte Ruth ihre Freundin also, zur Schweizer Botschaft in die Türkei zu reisen. «Aber ob sie eine so gefährliche Reise allein schaffen würde? Ob sie diesmal Asyl erhalten würden, nicht so wie beim ersten Mal, als ich sie in der Schweiz kennengelernt hatte?» Es folgten viele Abklärungen und lange Telefonate mit Muamina, deren Handy immer wieder teuer aufgeladen werden musste. Sehr langsam, in einfachstem Deutsch, erklärte Ruth ihr jeweils die nächsten Schritte. Ruth musste ausserdem wegen Schwangerschaftsbeschwerden die Gespräche immer wieder unterbrechen. «Endlich hatte ich Muamina am Draht und ausgerechnet dann wurde mir wieder schlecht und ich musste davonrennen.»

Muamina (links) sei die wahre Heldin,
meint Ruth.

Muamina war diesmal mit den Kindern allein aus Syrien geflohen. Ohne ihren Mann Muhammad. Dieser war bereits zuvor geflüchtet, nachdem er in Damaskus längere Zeit im Untergrund gelebt hatte. Mitglieder seiner und Muaminas Familie waren von syrischen Sicherheitsleuten immer wieder drangsaliert und nach seinem Aufenthaltsort befragt worden. Muamina wusste aber nicht, wo sich ihr Mann versteckte. Er hatte ihr seinen Aufenthaltsort wohlweislich nicht verraten, auch wenn sie deswegen in grosser Sorge um ihn war. Bevor Muamina mit den Kindern selbst Damaskus verliess, hatte sie von ihrem Mann drei angstvolle Monate nichts mehr gehört. Doch dann hatte Ruth angerufen und gesagt: «Muamina, Muhammad lebt! Es geht ihm gut.» Er hatte Ruth kontaktiert, nicht seine Frau, weil er immer noch Angst hatte, dass deren Telefon überwacht würde. So stellte die Schweizerin den indirekten Kontakt zwischen dem Ehepaar her. Muhammad war irgendwo unterwegs in Europa, Muamina allein mit den Kindern in Syrien. Und Ruth telefonierte abwechselnd mit beiden.

Muhammad gelangte an die Schweizer Grenze und stellte einen Asylantrag, dem diesmal stattgeben wurde – nicht so wie 2007, als sein Antrag abgelehnt worden war. Ruth sah nun die Möglichkeit, auch für Muamina und die Kinder ein Asylgesuch zu stellen und sie im Rahmen einer Familienzusammenführung in die Schweiz zu holen. Sie hatte die notwendigen Vollmachten dazu, Muaminas Vertrauen sowieso. Doch musste Muamina zuerst einmal aus Syrien heraus und irgendwo in eine Schweizer Botschaft gelangen. Jordanien? Türkei? Die beiden Frauen entschieden sich für die Türkei. Als es die zierliche Kurdin mit den fünf Kindern nach Istanbul geschafft hatte, wurde sie auf der Botschaft zunächst nicht vorgelassen. «Ruth hatte mir am Telefon erklärt, dass ich mich keinesfalls abwimmeln lassen dürfe. Also weigerte ich mich, das Schweizer Botschaftsgebäude zu verlassen, bis ich einen neuen Termin erhielt.»

Wieder setzte Ruth alle Hebel in Bewegung. Alarmierte die Amnesty-Asylbeauftragte Denise Graf, die mit dem Amnesty-Büro in der Türkei Kontakt aufnahm. In der Zwischenzeit wurde Muhammads Asylgesuch stattgegeben. Daraufhin klappte es auch mit der Einreisebewilligung für Muamina und die Kinder. Schon tauchte das nächste Problem auf: Die türkischen Behörden wollten sie nicht ausreisen lassen, weil sie sich illegal in der Türkei aufhielt. Muamina solle mit den Kindern in ein türkisches Flüchtlingslager gebracht werden, hiess es.

Was genau schliesslich dazu führte, dass Muamina und die Kinder doch ausreisen durften, weiss bis heute niemand. Nach drei Monaten kam eines abends um zehn Uhr endlich der erlösende Anruf von einem Amnesty-Vertreter in Istanbul. «Ich müsse um vier Uhr nachts mit den Kindern am Flughafen sein», sagt Muamina. «Die Kinder mussten beim Packen unserer Habseligkeiten helfen, so nervös war ich.» Nun ging es wieder in die Schweiz, in das Land, in welchem Muamina von 2007 bis 2010 gelebt hatte. Das Land, an das sie nicht nur gute Erinnerungen hatte. Wo sie aber auch viel Hilfe von Privatpersonen erhalten hatte. Vor allem von Ruth, die sie damals in den Bündner Bergen kennengelernt hat.

JULI 2010, VALZEINA – DAMASKUS. «Muamina, wo bist du?» Ruth war gerade aus dem Urlaub im Ausland in die Schweiz zurückgekehrt und rief als Erstes ihre syrische Freundin an. Voller Angst, niemanden zu erreichen. Noch immer geschockt von dem, was während ihrer Ferien geschehen war. Sie hatte eben erfahren, dass Muamina mit der ganzen Familie ausgeschafft wurde, zurück nach Syrien. Gottseidank hatte Muamina das Prepaid-Handy, das Ruth ihr gegeben hatte, mitgenommen. Gottseidank konnte sich Muamina an Ruths Nummer erinnern, die diese der Analphabetin beigebracht hatte. Denn nur bei Ruths Nummer wagte Muamina, den Anruf anzunehmen. «Warum, warum nur haben sie das getan?», weinte Muamina. «Warum haben sie uns zurückgeschickt?»

«Wäre ich doch damals nicht in den Urlaub gefahren, vielleicht hätte ich etwas gegen den Horror tun können.» Ruth plagt sich noch heute mit Selbstvorwürfen. Muamina war während Ruths Urlaub allein mit dem Bus nach Chur gefahren. Sonst hatte meistens Ruth sie zum Gefängnis gebracht, in welchem Muhammad in Ausschaffungshaft sass. Doch die Fremdenpolizei hatte Muamina aufgefordert, ins Gefängnis zu kommen. «Nach einer Stunde Gespräch mit Muhammad kamen plötzlich Polizisten herein. Muhammad und mir wurden Handschellen angelegt», erzählt Muamina. «Unsere Sachen im Asylheim Flüeli in Valzeina seien in der Zwischenzeit gepackt worden.» Gemeinsam mit ihrem Mann und den Kindern wurde sie schon am nächsten Tag nach Damaskus geflogen. Gefesselt. Sie konnte die weinenden Kinder nicht trösten. Hatte Panik. Die brutale Ausschaffung der ganzen Familie sorgte für einigen Wirbel im Bündnerland. Ein Untersuchungsbericht entlastete die Bündner Behörden und stellte die Abwicklung der Ausschaffung als korrekt und für die Familie zumutbar dar. Die Medien berichteten, Amnesty protestierte und verlangte erfolglos weitere Abklärungen.

Aber Muamina und ihre Familie waren längst in Damaskus. Muhammad war aus Angst vor Verhaftung sofort untergetaucht. Seine Frau und die Kinder waren bei Verwandten untergekommen, mussten den Aufenthaltsort aber immer wieder wechseln. Doch dann verlor Muamina bei einem erneuten, überstürzten Unterkunftswechsel das Handy. «Das war furchtbar», erinnert sich Ruth. «Tagelang versuchte ich Muamina zu erreichen, doch niemand nahm ab. Ich machte mir grosse Sorgen.» Irgendwie gelang es Muamina, sich ein neues Handy zu besorgen. Sie wusste Ruths

«Ich wusste, ich musste alles versuchen, um Muamina aus Syrien herauszuholen. Nur schon wegen der Kinder.»

© Tomas Wüthrich

Muamina und die Kinder im Flüeli:
2009 berichtete der «Beobachter» über die Situation in Valzeina.

Nummer auswendig und konnte in die Schweiz telefonieren. Doch Ruth war keineswegs beruhigt: «Zwar erfuhr ich, dass in der Zwischenzeit nichts Schlimmes passiert war. Aber die Nachrichten über die Situation in Syrien wurden immer schrecklicher. Sie mussten raus aus Syrien, das war klar.» Und so kam Muamina mit den Kindern via Istanbul zum zweiten Mal in die Schweiz. Diesmal mit dem guten Gefühl, willkommen zu sein und bleiben zu können.

2009, VALZEINA. Damals, als sie hochschwanger mit Mann und drei Kindern das erste Mal in die Schweiz gekommen war, war das noch ganz anders. Das Asylgesuch, das sie 2007 gestellt hatte, wurde abgelehnt, obwohl bekannt war, dass Kurden und Kurdinnen in Syrien kaum Rechte hatten und diskriminiert wurden. Sie durften die eigene Sprache nicht sprechen, ihre eigene Kultur nicht leben. Amnesty hatte längst über Folter und Misshandlung nach Protesten der kurdischen Opposition berichtet.

Auch der Rekurs zum Asylablehnungsentscheid wurde abgewiesen. Muhammad wurde nach Chur in Ausschaffungshaft gesetzt. Muamina, die inzwischen Fatima geboren hatte, wurde mit den nun vier Kindern ins abgelegene Ausschaffungsheim «Flüeli» bei Valzeina in den Bündner Bergen gebracht. Ohne Ehemann fühlte sie sich als einzige Frau im Heim nicht sicher. Sie verstand kaum etwas, konnte die schriftlichen Anweisungen nicht lesen. Auch als später eine weitere Frau ins Flüeli kam, war Muamina nicht wohler. Das Zimmer, das sie mit ihren Kindern bewohnte, liess sich nicht abschliessen. Die Dusche musste sie sich mit den Männern teilen. Als gläubige Muslimin wohnte sie mit lauter fremden Männern, deren Sprache sie nicht verstand. Muamina verliess das Haus so gut wie nie, hielt sich fast nur drinnen in ihrem Zimmer auf. Dazu kam die nicht unbedingt freundliche Behandlung durch einige DorfbewohnerInnen, die sich über die Einrichtung eines Asylheims in ihrer Gemeinde nicht gerade gefreut hatten. Aber auch die Heimleitung sei nicht gerade zuvorkommend gewesen, erzählt Muamina: «Man gab mir nicht genug Milch für die Kinder. Nicht genug Windeln für das Baby.»

Aber es gab auch die anderen Menschen aus der Nachbarschaft. Leute, die sich zusammengetan hatten, um den Asylsuchenden im Flüeli zu helfen. Sie hatten den «Verein Miteinander Valzeina» gegründet und setzen sich bis heute vielfältig für die Flüeli-BewohnerInnen ein. Sei es mit dem Kaffeekranz am Mittwochnachmittag, um etwas Ablenkung und Kontakt herzustellen. Sei es mit Spielsachen, Unterstützung bei Behördengängen oder anderem mehr. Als man der ältesten Tochter Hadiya den Schulbesuch verweigert hatte, setzten sich die Vereinsmitglieder für das Mädchen ein. Schliesslich wurde Hadiya erlaubt, den Kindergarten im Nachbardorf zu besuchen.

> «Sie ist mehr als eine Schwester. Ohne sie würden wir wohl nicht mehr leben.»

Ruth hatte als Amnesty-Aktivistin an einer Kundgebung den «Verein Miteinander Valzeina» kennengelernt und begann, sich für die Asylsuchenden in Valzeina zu engagieren. Als Muamina und die Kinder 2009 ins Flüeli kamen, war es Hadil, das dritte Kind von Muamina, die die beiden Frauen zusammenbrachte. «Die Kleine kam direkt auf mich zu und klebte dann richtig an mir. So kam ich in Kontakt mit der schüchternen Muamina. Wir hatten sofort einen Draht zueinander.» Immer häufiger engagierte sich Ruth für Muamina und die Kinder, nahm an Aktivitäten des Vereins teil. Sie fuhr Muamina regelmässig zum Gefängnis und begleitete Mutter und Kind zum Arzt. Sie unterstützte die junge Mutter, wo sie nur konnte. «Muamina konnte noch kaum Deutsch», erzählt Ruth. «Aber irgendwie verstanden wir uns, mit Hand und Fuss. Oder dann mit Hilfe von Mitgliedern des kurdischen Kulturvereins in Chur, die für uns übersetzten.» Mit der Zeit begann Hadiya, die deutsche Sprache besser zu verstehen und half der Mutter mit Erklärungen in Kurdisch. Doch als das Mädchen in die Schule gekommen wäre und besser Deutsch gelernt hätte, wurde sie mit den Eltern und Geschwistern ausgeschafft.

HERBST 2016. ITINGEN, BASELLAND. In Muaminas Wohnung in Itingen ist es eng. Etwa zehn Kinder unterschiedlichsten Alters rennen herum. Die Familie eines Schwagers aus Deutschland ist zu Gast. Zu Besuch sind auch Andrea und Monika aus dem Bündnerland, die Muamina damals im Flüeli kennengelernt hatten. Sie halfen Ruth finanziell, als es darum ging, die Familie in Syrien zu unterstützen. Nun konnten sie Muamina endlich wiedersehen. Und Ruth, endlich war Ruth wieder einmal da! Die Kinder freuen sich riesig, behandeln Ruths dreijährigen Sohn wie einen kleinen Bruder. Grosszügig tischt Muamina Speisen aus ihrer Heimat auf. Die beiden Frauen besprechen die wichtigsten Neuigkeiten. «Ihr müsst den Kinderarzt wechseln, hat der Gemeindevertreter vorhin gesagt. Ich kann den neuen Arzt anrufen und ihm von Hadils Schulterproblemen erzählen. Soll ich auch gleich einen Termin vereinbaren?»

Ruth und Muamina haben sich seit einiger Zeit nicht gesehen, denn die Entfernung ist zu gross für regelmässige Besuche. Doch wird wöchentlich telefoniert. Oder gechattet – «vor allem mit den Girls», wie Ruth lachend erzählt. Hadil hängt noch immer sehr an ihr, geht regelmässig zu ihr in die Ferien. «Es gibt viele Menschen, die Muamina und ihrer Familie helfen, nicht nur ich», insistiert Ruth, die sich keineswegs für ihren Einsatz loben lassen will. «Die wahre Heldin ist Muamina. Sie ist so stark, sie hat so viel geschafft. Und schafft es weiterhin. Ich bin sehr stolz auf sie», sagt Ruth und umarmt Muamina. «Ich sehe mich am ehesten als eine grosse Schwester.» Muamina widerspricht. «Sie ist mehr als das für mich. Mehr als eine grosse Schwester. Ohne sie würden ich und meine Kinder wohl nicht mehr leben». |

Solidarität auf See

Die Mannschaft der «Sea Eye» patrouilliert in den Gewässern vor Libyen, um Flüchtlinge auf See zu retten. Vor etwa einem Jahr wurde der Verein von einer Gruppe von Freunden gegründet. Der Fotograf Raphaël Fournier hat die 13. Mission begleitet.

Bild und Text von Raphaël Fournier

Die Zeit auf der «Sea Eye» war hart und einzigartig: Die Situation auf dem Mittelmeer mit eigenen Augen zu sehen, ohne die üblichen Filter der Medien, und zugleich Teil des Geschehens zu sein. Natürlich war unsere elftägige Mission 13 nicht die schlimmste ihrer Art, wir haben keine Menschen ertrinken sehen und keine Leichen in Schlauchbooten gesichtet. Aber die Erfahrung, in einer solchen Situation selbst dabei gewesen zu sein, führt einem die Realität besser vor Augen. Und ich habe dabei verschiedene Dinge begriffen.

Ich habe gesehen, wie die NGOs vor Ort arbeiten. Manchmal arbeiten sie zusammen und helfen einander; manchmal tun sie das nicht.

Eine andere Sache ist die Schwierigkeit, eine Gruppe zu werden, wenn sich keiner aus der Crew vorher kannte und wenn man für zwei Wochen mit den gleichen Leuten so eng auf einem kleinen Boot zusammen ist und nicht wegkann.

Es gibt viele angespannte Situationen. In unserer Gruppe gab es Konflikte, aber wir haben es geschafft, die Probleme

zu überwinden. Mit der Zeit wurde aus unserer Gruppe eine Einheit, und ich kann sagen, dass wir uns sehr nahekamen.

Widersprüchliche Gefühle löste bei uns allen das Bedürfnis aus, dass wir mehr «Action» brauchten: Action bedeutet Flüchtlingsboote, und das bedeutet normalerweise, dass Menschen ertrinken und sterben. Ständig haben wir nach Booten Ausschau gehalten, um eine Rettungsaktion starten zu können. Es war eine Mischung aus einem Wettbewerb mit anderen Organisationen und dem tiefen Wunsch zu helfen.

Sea Eye

Die gemeinnützige Seerettungsorganisation Sea Eye wurde 2015 von einer Gruppe von Freunden in Deutschland gegründet, um Flüchtlinge im Mittelmeer vor der Küste von Libyen zu retten. Die Schlepper statten die Flüchtlinge mit Schlauchbooten oder Holzschiffen aus, die nicht dazu geeignet sind, das Meer zu überqueren. Somit geraten viele auf der Reise in Seenot.

Für ihre Rettungsmissionen hat die Organisation ein Fischerboot gekauft – die «Sea Eye» –, sie renoviert und für die Seerettung ausgerüstet. Das 59 Jahre alte Schiff ist nicht das beste für diese Aufgabe, seine Maschine ist launisch und braucht viel Aufmerksamkeit.

Seit April 2016 gehen wechselnde Mannschaften aus Freiwilligen auf jeweils zweiwöchige Rettungsmissionen. Sie suchen nach Flüchtlingsbooten, bekommen Notrufe von anderen Rettungsbooten oder vom Maritime Rescue Coordination Centre in Rom. Wenn ein Flüchtlingsboot gesichtet wird, besteht die Aufgabe der Crew darin, die Flüchtlinge mit Rettungswesten und Wasser zu versorgen, bis sie von der Marine oder grösseren NGO-Schiffen aufgenommen werden. Wegen seiner geringen Grösse nimmt die Sea Eye normalerweise keine Menschen an Bord. In dem Gebiet vor der libyschen Küste laufen etwa ein Dutzend weiterer Missionen anderer NGOs, sodass dort immer vier bis acht Schiffe im Einsatz sind.

Rückkehr von einer Rettungsmission.

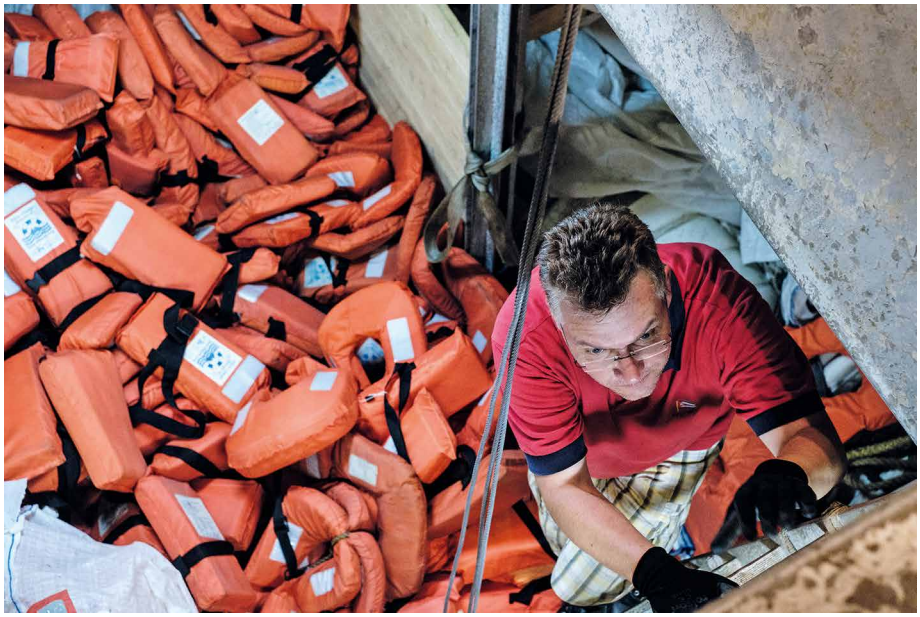
Die Crew kannte sich vorher nicht: Hannes (Kapitän und Skipper), Manuela, Ingo, Robin (Sea-Eye-Mitarbeiter in Malta), Hilde, Karsten, Jens, Dieter, Thomas (v.l.).

5. BIS 7. OKTOBER: Vorbereitung für die Mission in Malta. PsychologInnen des Roten Kreuzes bereiten die Mannschaft auf das vor, was sie erwarten könnte: Gewalt, Verletzungen, Tote, aber auch mögliche Konflikte innerhalb der Crew. Übergabe des Schiffes an die neue Mannschaft, Probefahrten und Sicherheitstraining. Die wichtigsten Manöver werden geübt, wie das Bergen von Leichen, Kommunikation mit den Flüchtlingen, Versorgung mit Schwimmwesten, Verständigung per Funk, Bedienung des Beiboots. Wir treffen uns mit den Mannschaften anderer NGO-Schiffe und tauschen uns mit ihnen aus. Proviant wird besorgt und im Schiff verstaut, wir nehmen Wasser und Treibstoff auf. Alkohol ist an Bord verboten, stattdessen laden wir Dutzende alkoholfreie Biere.

9. UND 10. OKTOBER: Wir treffen uns mit zwei anderen Schiffen. Für die «Sea Watch 2» haben wir Ersatzteile und Rettungswesten aus Malta dabei, der «Juventa» bringen wir Proviant und Decken. Wir tauschen uns mit den Mannschaften aus, beide Schiffe kommen aus Deutschland. Weitere Treffen mit der «Aquarius» von Médecins Sans Frontières und der «Astral» von einer spanischen Organisation.

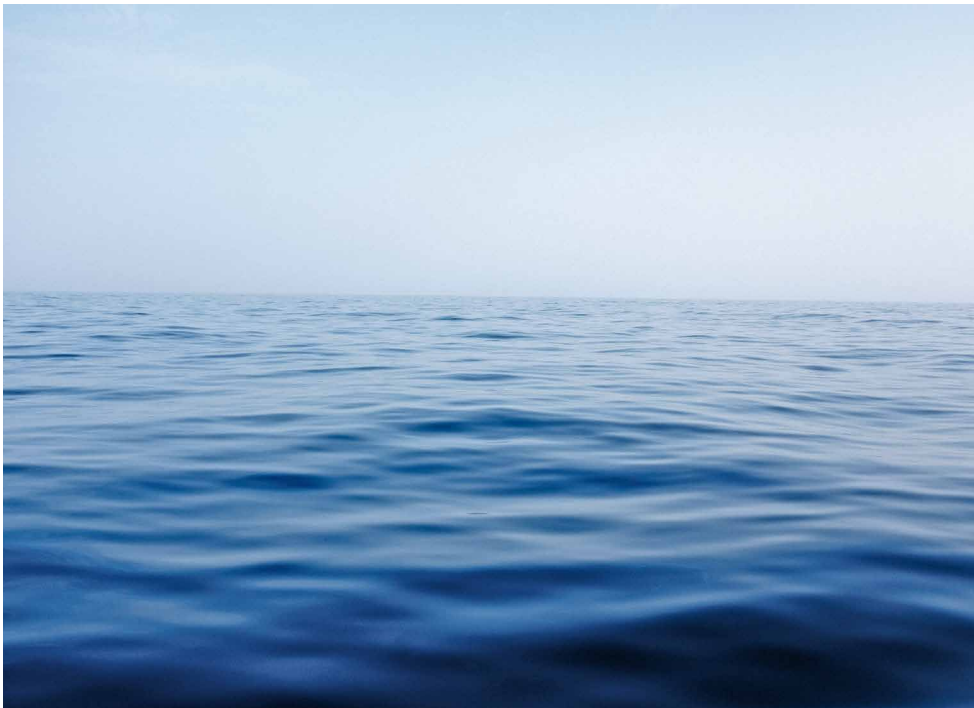
11. OKTOBER: Das Maritime Rescue Coordination Centre schickt uns Richtung Osten, um ein Boot auf dem Weg nach Lampedusa zu retten. Als wir nach vier Stunden eintreffen, hat die «Vos Hestia» schon mit der Bergung begonnen. Es ist ein Fischerboot mit 300 Flüchtlingen an Bord. Wir bringen die Flüchtlinge auf die «Vos Hestia». Um 23 Uhr ist unsere erste Rettungsoperation beendet.

12. OKTOBER: Wir treffen die «Sea Watch 2» und übergeben Rettungswesten. Trotz Windstärke 7 hat die «Juventa» in der Nacht innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone Flüchtlinge von einem Schlauchboot gerettet. Es sind definitiv keine guten Bedingungen, um in See zu stechen: Wind, Wellen, Nacht. Aber die Schlepper und die Flüchtlinge wissen, dass es nur noch wenige Wochen bis zum Winter sind. Am Abend trifft sich die Crew, um zu diskutieren, ob auch die «Sea Eye» innerhalb der Zwölf-Meilen-Zone operieren soll – mit dem Risiko, von der libyschen Küstenwache aufgegriffen zu werden. Da es zu keinem einstimmigen Votum kommt, entscheiden wir uns dagegen.



14. OKTOBER: Ein kräftiger Wind aus Süd-Südwest begünstigt die Abfahrt von der libyschen Küste. Ein Notruf meldet zwei Flüchtlingsboote in unserem Bereich. Als wir eines am Horizont entdecken, schicken wir das Beiboot mit 40 Rettungswesten voraus. Das Boot stellt sich als kleines libysches Fischerboot heraus. Ein paar Minuten später und nur einige Meilen entfernt rettet die «Juventa» Flüchtlinge auf einem Schlauchboot und auf einem Fischerboot. Obwohl alle in Sicherheit gebracht werden können, ist unsere Crew etwas frustriert: Wenn man als Rettungsteam darauf vorbereitet ist zu retten, dann will man auch retten. Ob man nun benötigt wird oder nicht.

15. OKTOBER: Die See sieht aus wie Öl heute Morgen. Die Wetteraussichten für die nächsten Tage sind nicht die besten. Wir treffen zwar auf die libysche Küstenwache, aber nicht auf Flüchtlingsboote. Abends erreicht uns die schlechte Nachricht: Der Trinkwassertank ist leer. Wir beschliessen, früher als geplant nach Malta zurückzukehren, wo wir am 17. Oktober eintreffen.



© Eduardo Soteras Jalil

Was ist schon eine Revolution

In der Demokratischen Republik Kongo wecken die jungen Aktivistinnen und Aktivisten der Lucha-Bewegung Hoffnung auf politische Veränderung. Zwei von ihnen haben ihren Mut mit Gefängnis bezahlt. In Haft fanden sie auch: Freundschaft.

Von Lea Frehse

Im berüchtigten Gefängnis eines berüchtigten Staates sitzen zwei Revolutionäre auf Pritschen mit dünnen Matratzen und schwärmen vom Erhalt der Ordnung.

«Der Präsident muss gehen», sagt Yves.

«Wir wollen einen starken Staat», sagt Fred.

An die Stahltür ihrer Zelle hat jemand mit schwarzer Farbe die Nummer 18 gepinselt. Die Tür steht offen.

Bis vor eineinhalb Jahren war Fred Bauma, 26, Jurastudent im zehnten Semester. Yves Makwambala, 32, Webdesigner, setzte sich noch bis vor einigen Jahren weg, wenn Freunde began-

AktivistInnen von Lucha diskutieren bei einer ihrer wöchentlichen Versammlungen in der kongolesischen Hauptstadt Kinshasa.

nen, über Politik zu diskutieren. Dann trafen sie sich in Kinshasa beim Workshop einer Demokratie-Plattform, an dessen Ende beide von Spezialeinheiten der Geheimdienste abgeführt wurden. Das Staatsfernsehen zeigte ihr Bild in den Nachrichten, der Innenminister nannte sie «Terroristen» und Menschenrechtsorganisationen «politische Gefangene». #freeFred und #freeYves wurden Hashtags auf Twitter und die beiden Männer Freunde fürs Leben.

Fred und Yves sässen nicht hier, wenn ihre Regierung sie nicht fürchtete. Sie sässen nicht in Zelle 18, Block 1, verkörperten sie nicht eine Hoffnung. Die Hoffnung auf eine Jugend, mit der einmal alles anders wird.

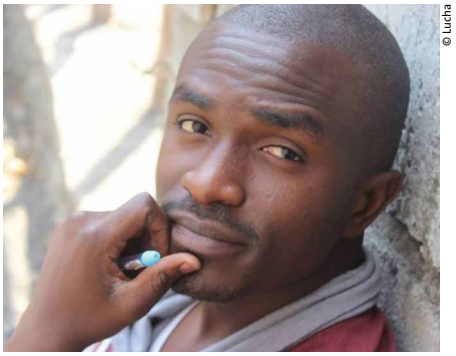
Hierarchie der Gefangenen

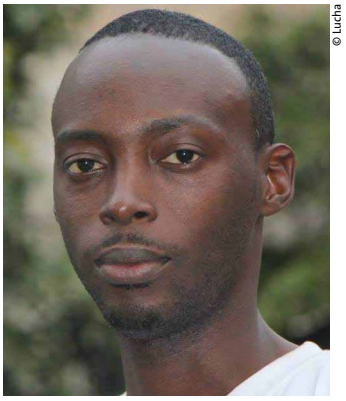
Der Weg zu den beiden Gefangenen führt durch knietiefe Schlaglöcher, vorbei an niedrigen Häusern aus Wellblech und billigem Beton bis an eine Mauer mit Stacheldraht, hinter der sich Makala befindet – das Zentralgefängnis von Kinshasa und das grösste Gefängnis der Demokratischen Republik Kongo. Hier sitzen verurteilte Kriminelle neben so manchen, die festgenommen wurden, aber nie AnwältInnen gesehen haben. Und hier sitzen diejenigen, in denen die politische Führung des Landes Angreifende sieht.

Makala, sagen Menschenrechtsorganisationen, sei wie ein Staat im Staate. Drinnen haben die kongolesischen Behörden nichts zu sagen, sämtliche Angelegenheiten regelt eine Hierarchie von Gefangenen. An der Spitze der Pyramide stehen die Stärksten, oft sind es inhaftierte Militärs. Den Sockel der Pyramide bilden die Mittellosen. Zwischen ihnen regiert das Geld. Jene, die kein Geld haben, teilen ihre Zelle in Block 3 oder 5 oder 7 mit bis zu 150 Mitgefangenen. Sie kauern sich mit angewinkelten Beinen auf den Boden aus nacktem Beton. Vielleicht werden sie nach einigen Monaten krank oder sterben, vielleicht finden sie Arbeit – Latrinenschaufeln zum Beispiel oder Wäsche waschen für andere Häftlinge. Dann können sie sich besseres Essen kaufen und einen Platz in einer Zelle mit weniger Menschen.

Jene, die zahlen können, mieten sich eine Zelle in Block 1 oder 8, bis zu zehn Quadratmeter, mit Vollpension. Sie können andere Gefangene dafür entlohnen, die Zelle sauber zu halten und die Mahlzeiten zuzubereiten. Man kann das Ausbeutung nennen oder Umverteilung, es läuft halt so. «Wir haben auch einen Sklaven», sagt Fred. Er lacht müde.

Rund 400 Franken zahlen die Familien von Fred und Yves pro Kopf für die zwei Betten auf sieben Quadratmetern in Block 1 und für Marcel, der putzt und kocht. Das ist etwa viermal so viel, wie eine Lehrperson in Kinshasa im Monat verdient. Marcel ist so alt wie Fred, seit drei Jahren ist er hier, angeblich ein kleiner Diebstahl, ein Verfahren hatte er nie. Fred, der Jurist, hat seine Akte durchgesehen und erreicht, dass Marcel einen Termin vor Gericht bekommt. Marcel ist von ihnen abhängig, Fred und Yves wissen das, doch ohne ihren Lohn wäre er mittellos. Wenn Gesetze nichts gelten und jeder irgendwie durchkommen muss, sind alle Teil des Systems.


© Lucha


© Lucha

«Was für ein Trost es war, im Gefängnis ein bekanntes Gesicht zu sehen», sagt Yves Makwambala (Bild unten) über seinen Freund Fred Bauma.

Che Guevara auf Kongolesisch

Fred und Yves gehören zu einer Gruppe, die sich «Lucha» nennt: Lucha entstand 2012 in der Stadt Goma im Osten des Landes, wo sich eine Handvoll junger Menschen zusammentat, um in ihrer Nachbarschaft soziale Projekte anzustossen und PolitikerInnen an ihre Pflichten zu erinnern. Einige brachten Frauen das Lesen und Schreiben bei, andere organisierten Demonstrationen für eine bessere Wasserversorgung. Sie waren mit dem Krieg aufgewachsen, der im Osten des Landes zwischen 1996 und 2008 etwa 5,4 Millionen Menschenleben kostete und der in der Region bis heute immer wieder vereinzelt aufflammt. In ihrer Jugend hatten sie aber auch erlebt, wie Dutzende internationaler Hilfsorganisationen Projekte umsetzten und eine Ahnung von der weiten Welt in den abgelegenen Landstrich brachten. Die Gruppe funktioniert als basisdemokratisches Kollektiv, und gemeinsam entschieden sie sich nach einigen Monaten für den Namen «Lucha», die Abkürzung für «lutte pour le changement», was in Kongos Amtssprache Französisch «Kampf für Veränderung» bedeutet.

«Lucha» ist auch der spanische Begriff für Kampf, was

Lea Frehse ist freie Journalistin und lebt in Berlin.

Die Lucha-Bewegung in Aktion am Rande einer Oppositionskundgebung im Juli 2016 in Kinshasa.

nach Leidenschaft klingt «und nach Che Guevara, der schliesslich auch einige Monate in dem Land verbracht hat», sagt Yves. Lucha hat keine Mitglieder, sondern Aktivistinnen und Aktivisten und eine Satzung, deren Prinzipien im Wesentlichen soziale Arbeit für eine gerechtere Gesellschaft und die Verpflichtung zur Gewaltlosigkeit umfassen. In einem Punkt ist Lucha strikt: «Wer in einer Partei aktiv ist, kann nicht gleichzeitig bei uns sein», erklärt Fred. «Unabhängigkeit ist unser höchstes Gut.»

Inzwischen umfasst Lucha ein Netzwerk von einigen Hundert Aktiven und hat 21 200 Follower bei Twitter. Ausserhalb der Ostprovinzen kennt man Lucha vor allem seit jenem Tag im März 2015: Auf Initiative der Bewegung sprachen in der Hauptstadt Kinshasa AktivistInnen aus Senegal und Burkina Faso, die in ihren Heimatländern mit Protesten die Regierungschefs dazu gezwungen hatten, ihre Ämter verfassungsgemäss aufzugeben. Der Vortrag endete mit mehr als 30 Festnahmen, darunter denen von Fred und Yves.

Bevor die beiden sich hinter den Mauern von Makala begegneten, hatten sie sich erst ein Mal flüchtig gesehen, bei eben jener Veranstaltung. «Was für ein Trost es war, im Gefängnis plötzlich einen Freund zu sehen, ein bekanntes Gesicht, auch wenn ich ihn am Tag vor meiner Festnahme das erste Mal gesehen hatte», sagt Yves. «Ich habe sofort vollkommene Solidarität gefühlt», meint Fred. «Von nun an bestimmte die gleiche Ungerechtigkeit unser beider Leben.»

Man kann sagen: Erst die Repression hat Lucha bekannt gemacht, auch international. Die Staatsanwaltschaft warf Fred und Yves «Planung terroristischer Aktivitäten» vor, beide wurden bisher nicht verurteilt, das Verfahren läuft. Amnesty International verfolgt ihren Fall, und an Verhandlungstagen schicken Botschaften der EU und der USA BeobachterInnen in den Gerichtssaal von Makala. Es ist, als hätten diese jungen Idealisten mit ihrer Behauptung, man könne die kongolesische Gesellschaft zum Besseren verändern, internationale Beobachter daran erinnert, dass auch in diesem Land, in dieser Weltregion nicht alles immer schlecht bleiben muss.

Der Präsident will nicht gehen | Präsident Joseph Kabila, den sie im Land nur «Kabila, den Sohn» nennen, weil er die Macht 2001 von seinem ermordeten Vater übernommen hatte, müsste eigentlich am 19. Dezember 2016 abtreten. Seine beiden Amtsperioden sind zu Ende.

Kabila unterzeichnete 2005 eine neue, demokratische Verfassung und setzte so einen Schlussstrich unter den Krieg. 2006 und 2011 ging er als Sieger aus Wahlen hervor, die BeobachterInnen als frei einstuften, und nun, 2016, im Jahr 56 der Unabhängigkeit von Belgien, sollte das Land zum ersten Mal in seiner Geschichte einen friedlichen Machtwechsel erleben. Doch bis anhin hat die Regierung die Wahlen schlicht nicht organisiert. Statt einen Urnengang zu schützen, schossen kongolesische Polizisten am 19. September, dem ursprünglich vorgesehen Wahltermin, mit Tränengas und scharfer Munition in die Mengen zehntausender DemonstrantInnen. Mindestens 50 Menschen starben. Denn Kabila will nicht gehen und hat alle Fristen für den demokratischen Wechsel verstreichen lassen. Vom Verfassungsgericht hat sich der Staatschef bestätigen lassen, dass er im Amt bleibt, solange kein neuer Präsident gewählt worden ist. Die Oppositionsparteien lud Kabila ein, im Rahmen eines «Nationalen Dialogs» über die Verschiebung der Wahlen und eine mögliche Änderung der Verfassung zu beraten. Das Forum entschied Mitte Oktober, die Wahlen auf April 2018 zu verschieben, Kabila behielte bis dahin all seine Macht. Doch der inklusive Titel trügt: Alle wichtigen Oppositionsparteien hatten den Dialog boykottiert.

Tatsächlich ist Kabilas Bilanz verheerend. Zwar wuchs die Wirtschaft bis 2015 jährlich um rund sieben Prozent und die Inflation sank. Doch bei der Bevölkerung kam vom Aufschwung kaum etwas an. 2015 lebten nach Zahlen der Vereinten Nationen etwa 72 der 80 Millionen KongolesInnen von weniger als 1,25 US-Dollar am Tag. 40 Prozent der Erwachsenen konnten nicht lesen und schreiben.

«Dass da Leute sind, die so denken wie ich, hat die Angst verschwinden lassen.»

© Lea Frehse

Dann brachen 2015 die Rohstoffpreise auf den Weltmärkten ein. Die Regierung musste den Haushalt für 2016 um ein Drittel kürzen. Und die Mehrheit der Bevölkerung geriet noch tiefer in die Armut: Ein Sack Maniokmehl kostete im August schon doppelt so viel wie vor einem Jahr. Der kongolesische Franc verlor in der ersten Jahreshälfte 2016 elf Prozent an Wert. Die Arbeitslosenquote wird auf mindestens 60 Prozent geschätzt. Und die Perspektivlosigkeit trifft vor allem Jugendliche: Zwei Drittel der Bevölkerung sind jünger als 25 Jahre. Man könnte meinen, die Zeit sei reif für eine Revolution. Aber so einfach ist das nicht.

Die Angst verschwindet | Tchangu, Kinshasa. Das Viertel trägt den Beinamen «Rote Zone», Unruhen beginnen meist hier. In Seitenstrassen aus dreckigem Sand verkaufen junge Männer Handyguthaben oder Taschentücher und mustern PassantInnen ausdruckslos. «Se débrouiller», sich durchschlagen, ist in der Demokratischen Republik Kongo so etwas wie eine Berufsbezeichnung.

Gloria Singha, 23, trägt ein Tuch um den Kopf und Creolen in den Ohrläppchen. Siebzehn junge Leute sind zum ersten offenen Treffen von Lucha in ein Fast-Food-Restaurant in Kinshasa gekommen, fast alle sind Studierende. «Wir, die wir die Chance haben, uns zu bilden, müssen den Anfang machen», sagt Gloria in die Runde. In Kinshasa war Lucha bisher nur in den sozialen Medien aktiv. Gloria will nun die erste «Zelle» in der Hauptstadt aufbauen. Die Jurastudentin lernte Fred und Yves bei einer Hospitanz in Makala kennen. Sie, die kein Buch so gerne gelesen hat wie Rousseaus «Gesellschaftsvertrag», fasste Mut. «Dass da Leute sind, die so denken wie ich, hat die Angst verschwinden lassen», sagt Gloria. Sie verkörpert jetzt für andere diese Faszination: Dass es Menschen gibt, die bereit sind, Gesicht zu zeigen.

Machiavelli im Gefängnis | In Block 1 schliessen sie die Zellen nicht ab, Fred und Yves vertreten sich die Beine in den Gängen des Gefängnisses. Erst in den schummrigen Gängen, sagt Fred, habe er sein Land verstanden. Die extreme Armut, die Willkür der Justiz. Tatsächlich haben Gefängnis und Staat einiges gemeinsam. Die Gesetze auf dem Papier bilden eine Ordnung, in der Realität beherrscht die Korruption das System. «Das kann man kaum Staat nennen», sagt Fred. Kann man aber Revolution machen gegen keinen Staat? «Was ist schon eine Revolution?», sagt Yves. «Es reicht nicht, eine Regierung zu stürzen, wenn die Bevölkerung nicht gebildet genug ist, um zu wissen, was ihr zusteht.»

Bei Lucha bevorzugen sie eine nüchterne Sprache. «Ich mag die Idee, dass für alle die gleichen Regeln gelten», sagt Fred. In Diskussionen zitieren die AktivistInnen gern Ausschnitte der kongolesischen Verfassung. In ihrer Zelle haben sie ein Bücherregal aufgestellt, oben links steht Machiavellis «Der Fürst», daneben «Die letzten Tage von Diktatoren». Und etwas Besonderes habe er in Makala auch gefunden, sagt Fred: «Eine zweite Familie.» Während seine Eltern und Geschwister ihn aus dem 2000 Kilometer entfernten Goma kaum besuchen konnten, haben Yves und dessen Familie Fred aufgenommen wie einen weiteren Bruder. Zum 26. Geburtstag schmuggelten sie sogar einen Kuchen in die Zelle.

Überraschende Freilassung | Ende August lädt Kabila bei einem Besuch in Goma die dortigen Aktivistinnen und Aktivisten von Lucha überraschend zum Gespräch. Später kündigt sein Innenminister an, man werde Fred, Yves und andere politische Gefangene freilassen. Zwei Wochen später nimmt Gloria die beiden draussen in Empfang. Fred ist froh und doch frustriert: «Sie haben uns willkürlich eingesperrt, jetzt lassen sie uns willkürlich frei. Eigentlich müssten wir sie verklagen», sagt er.

Bis November hat die Polizei erneut Dutzende Lucha-AktivistInnen zeitweise festgenommen. Für Fred und Yves sind sie wie enge Verwandte: «Lucha», sagt Fred, «ist eine Familie. Der Schlüssel zu unserem Bund ist die Freundschaft. Und was immer wir vollbringen, schaffen wir durch sie.» |

Lucha

Fred Bauma und Yves Makwambala gehören der Jugendbewegung «Lutte pour le Changement» (Lucha) an, die für ihr Engagement mit dem «Ambassador of Conscience Award 2016» («Botschafter des Gewissens») von Amnesty International ausgezeichnet wurde.

Im Dezember 2015 haben Amnesty-Mitglieder über 170 000 Briefe geschrieben, zahlreiche SMS gesendet und Petitionen unterzeichnet, um im Rahmen des jährlich stattfindenden Briefmarathons die Freilassung von Fred Bauma und Yves Makwambala zu fordern.

Am 29. August wurden die beiden Aktivisten freigelassen. Da die Anklagen gegen sie jedoch bisher nicht fallengelassen worden sind, besteht weiterhin die Gefahr einer erneuten Festnahme.

Swetlana Gannuschkina, prominente russische Menschenrechtsverteidigerin und Trägerin des Alternativen Nobelpreises, über die Bedeutung von internationaler zivilgesellschaftlicher Solidarität – angesichts des Krieges in der Ost-Ukraine und der Repression gegen die russische Zivilgesellschaft. Interview: Peter Franck

«Trennlinien verlaufen nicht mehr entlang von Grenzen»

▸ **AMNESTY:** Sie setzen sich in der Russischen Föderation seit Jahrzehnten für geflüchtete Menschen ein und leisten bei Memorial Menschenrechtsarbeit vor allem zum Nordkaukasus. Was bedeutet die Annexion der Krim und der Krieg in der Ost-Ukraine für Ihre Arbeit?

◂ **Swetlana Gannuschkina:** Wir konnten als Menschenrechtlerinnen und Menschenrechtler weder die Annexion der Krim noch den Einmarsch in die Ost-Ukraine verhindern. So wenig wie jetzt den Krieg in Syrien. Aber es gibt ein Tätigkeitsfeld, das allein von uns abhängt: die Zusammenarbeit der Zivilgesellschaft über die Grenzen der Konfliktparteien hinweg aufrechtzuerhalten. Und so sehr die Machthaber auch versuchen, das zu unterbinden, ist das unsere Pflicht. Darauf kam es schon in den beiden Tschetschenienkriegen an. Damals ist kein einziger Tag vergangen, an dem nicht russische und tschetschenische Aktivisten Seite an Seite Versammlungen abgehalten hätten; auf Demonstrationen und Mahnwachen waren immer beide Seiten präsent. Und wir waren erfolgreich, denn wir konnten verhindern, dass aus den Kriegen ein interethnischer Konflikt wurde.

▸ Ist dies heute ähnlich?

◂ So sahen und sehen wir unsere Aufgabe auch auf der Krim und in der Ost-Ukraine. Grosse Teile auch der russischen Zivilgesellschaft stehen der russischen Politik sehr kritisch gegenüber. Dabei ist die Zusammenarbeit mit unseren ukrainischen Kollegen nicht immer einfach. Natürlich betrachten beide Seiten die Konflikte aus unterschiedlichen Blickwinkeln. So gab es auf der ukrainischen Seite viel Wut und Enttäuschung und anfangs keine Bereitschaft, auch Fehlverhalten der eigenen Regierung zu kritisieren. Das verstehe ich gut, denn die Aggression ging von Russland aus, und in einer solchen Drucksituation kommt es darauf an, die eigenen Reihen zu schliessen. Da stellt man Konflikte, die man mit der eigenen Regierung hat, zurück.

▸ Eine schwierige Lage …

◂ Trotz dieser Ausgangssituation haben wir alles versucht, die Zusammenarbeit mit unseren ukrainischen Kollegen aufrechtzuerhalten und auch von der ukrainischen Bevölkerung gehört zu werden. Ukrainische Medienanfragen beantworte

Peter Franck ist Russland-Experte bei der deutschen Sektion von Amnesty International.

© REUTERS/Denis Sinyakov

Swetlana Gannuschkina (74), ehemalige Mathematikdozentin, gründete 1990 zusammen mit anderen die NGO Zivile Unterstützung, die sich in Russland für die Rechte von Flüchtlingen und Vertriebenen einsetzt. Für die Menschenrechtsorganisation Memorial baute sie ein landesweites Netzwerk mit Beratungsstellen für Vertriebene und Flüchtlinge auf, das sie noch heute leitet. Swetlana Gannuschkina ist Trägerin des Amnesty-Menschenrechtspreises 2003 und wurde 2016 mit dem Alternativen Nobelpreis der «Right Livelihood Award Foundation» ausgezeichnet.

ich zum Beispiel noch heute vorrangig, denn es ist wichtig, dass die Leute wissen, dass es in Russland Stimmen gibt, die kritisch zur Politik der Regierung stehen. Und trotzdem schrieb man mir auf Facebook: «So sehr Sie die Russen auch kritisieren, so hassen wir euch Russen doch alle zusammen.» Aber ich bin meinen ukrainischen Freunden und Kollegen sehr dankbar dafür, dass die Konflikte es nicht vermocht haben, gute und persönliche Beziehungen, die vorher bestanden hatten, zu beeinträchtigen. Sie bestehen alle nach wie vor. Und ich verstehe, dass das für die Leute nicht einfach ist. So konnten wir auf dem Höhepunkt des Konflikts gemeinsam erreichen, dass ukrainische Kollegen usbekische Flüchtlinge aufnahmen, die aus Russland nach Usbekistan abgeschoben werden sollten, obwohl ihnen dort Folter und Tod drohten. Eine wunderbare zivilgesellschaftliche Zusammenarbeit unter extremsten Bedingungen!

▸ Und auf der Krim?

◂ Dort ist die Menschenrechtsarbeit kompliziert. Die ukrainischen Kollegen haben unterschiedlich auf unser Angebot reagiert, dort zu arbeiten. Denn natürlich ist es nicht falsch, wenn gesagt wird, dass wir mit einer Rechtshilfearbeit, die sich nach Lage der Dinge am russischen Recht orientiert, die Annexion ein Stück weit akzeptieren. Das kann man vielleicht als Verrat empfinden.
Man kann aber die Menschen schlecht darauf verweisen, dass man sich mit ihren Problemen erst befassen könne, wenn der Status der Krim geklärt sei. Denn die Probleme gibt es heute: Zwar hat eine absolute Mehrheit der auf der Krim lebenden Bevölkerung inzwischen russische Pässe. Aber für eine Minderheit, die das ablehnte, gilt das nicht. Diese Menschen sind jetzt im eigenen Land zu Ausländern geworden. Andere wollten russische Pässe, scheiterten aber daran, dass sie nicht auf der Krim registriert waren, was nach ukrainischem Recht ja auch nicht erforderlich war. Für die Menschen ergeben sich daraus viele Probleme.

▸ Was bedeutet der Krieg für Memorial?

◂ Insgesamt sind die Diskussionen mit ukrainischen Menschenrechtlern, die mit uns ja teilweise unter dem gemeinsamen Dach von Memorial zusammenarbeiten, schwierig. Und auch wenn die manchmal schmerzhaften Gespräche nicht immer zu gemeinsamen Einschätzungen führen, so sind sie doch unverzichtbar. Nur darüber lässt sich ein realistisches Bild der Lage gewinnen. Und wir stehen das durch. Die ukrainischen Kollegen haben Memorial nicht verlassen.

▸ Wie bewerten Sie die Zusammenarbeit mit «westlichen» zivilgesellschaftlichen Organisationen angesichts des Ukraine-Konflikts und der Verfolgung unabhängiger russischer Nichtregierungsorganisationen?

◂ Die Zusammenarbeit mit westlichen NGOs hat eine hohe Qualität erreicht. Die Kommunikation ist technisch unkompliziert geworden. Es gibt einen regelmässigen Austausch, Grenzen haben an Bedeutung verloren. In zwei Stunden bin ich etwa in Berlin, wo ich von Freunden empfangen werde. Wir haben international eine gemeinsame Ebene gefunden, auf der wir uns gut verstehen. Ich fühle mich wohl als Teil einer internationalen Gesellschaft Gleichgesinnter, die zusammenhält. Trennlinien verlaufen nicht mehr entlang von Grenzen. Da sind wir unseren Regierungen weit voraus. Wir haben verstanden, dass es übergreifende Probleme gibt, die uns alle betreffen und die sich nur gemeinsam im Interesse der Menschheit lösen lassen. Und so fühle ich mich frei, deutsche Migrationsregeln da zu kritisieren, wo sie sich zu Lasten von Migranten auswirken. Unsere Zusammenarbeit müssen wir ungeachtet aller Versuche von Regierungen, unsere Spielräume zu begrenzen, verteidigen und ausbauen.

▸ Was bedeutet Ihnen die Verleihung des Alternativen Nobelpreises?

◂ Die Verleihung ist ein wunderbares Zeichen internationaler Solidarität in einer Zeit, in der unsere Regierung dabei ist, die unabhängige Zivilgesellschaft in unserem Land zu vernichten. Sie lenkt den Blick der internationalen Öffentlichkeit auf das, was wir tun. Hier wird verstanden, dass wir uns für geflüchtete Menschen einsetzen, die dieser Hilfe dringend bedürfen. Die Auszeichnung bestärkt uns in unserer Arbeit. |

Ohne Verbindung zur Aussenwelt

Es ist in Nordkorea so gut wie unmöglich, mit im Ausland lebenden Freunden, Freundinnen oder Angehörigen in Kontakt zu bleiben. Wer es trotzdem versucht, riskiert viel.

Von Christine Newald

Die digitale Kommunikation ist der jüngste Kampfplatz der nordkoreanischen Regierung, ihre BürgerInnen zu isolieren und Informationen über die Situation der Menschenrechte im Land zu vertuschen. NordkoreanerInnen dürfen internationale Gespräche nur mit überwachten Festnetztelefonen führen. Der nordkoreanische Mobiltelefonservice funktioniert nur im Inland. Zugriff auf das World Wide Web haben ausschliesslich AusländerInnen und einige wenige privilegierte BürgerInnen.

«Kim Jong-un ist ein Heuchler, wenn er Überwachung mit seinem Kampf gegen den ‹Virus des Kapitalismus› rechtfertigt. Es gibt keine Rechtfertigung dafür, dass Menschen eingesperrt werden, nur weil sie versuchen, einem grundlegenden menschlichen Bedürfnis nachzugehen: mit ihrer Familie oder ihren Freunden und Freundinnen in Verbindung zu bleiben», sagt Arnold Fang, Experte für Ostasien bei Amnesty International.

Gefährliche Telefonate

Die meisten Menschen, die aus Nordkorea fliehen, haben keine Möglichkeit, zu ihren Familien nach Hause zurückzukehren. Oft leben beide Seiten mit der Unsicherheit, ob ihre Lieben leben oder tot sind, oder ob sie von den Behörden eingesperrt wurden. Mit chinesischen Handys, die von HändlerInnen eingeschmuggelt und privat auf dem Schwarzmarkt gehandelt werden, haben NordkoreanerInnen die Möglichkeit, geflohene Angehörige und FreundInnen zu kontaktieren. Allein, wer es versucht, begibt sich in Gefahr, von den Behörden überwacht und verhaftet zu werden.

Wobei das Telefonieren mit sich im Ausland befindenden Personen nicht per se illegal, aber mit nordkoreanischen Mobiltelefonen eben unmöglich ist. Verboten ist der private Handel mit Mobilfunkgeräten aus anderen Ländern. Einzelpersonen, die Anrufe auf verbotenen chinesischen Handys empfangen, können wegen Landesverrats angeklagt werden. Unabhängig vom Inhalt des Gesprächs. Daher machen sich viele NordkoreanerInnen auf den Weg zur chinesischen Grenze, um sich direkt in das chinesische Telefonnetz einzuwählen. «Ich wollte noch einmal die Stimme meines Vaters hören, um sicher zu sein, dass er am Leben ist», erzählt Choi Ji-wool, die eine gefährliche Reise in die Berge unternahm, um ihre Eltern anzurufen.

Hoher Preis

Um nicht entdeckt zu werden, halten die Menschen Gespräche ins Ausland kurz, verwenden Pseudonyme oder machen sich auf den Weg in entlegene Bergregionen. Häufig treten im Ausland lebende Angehörige über einen «Vermittler» mit FreundInnen oder Verwandten in Nordkorea in Kontakt. Das ist jemand, der ein chinesisches Handy besitzt. Die Kosten für einen solchen Vermittler sind hoch, 1000 US-Dollar sind keine Seltenheit.

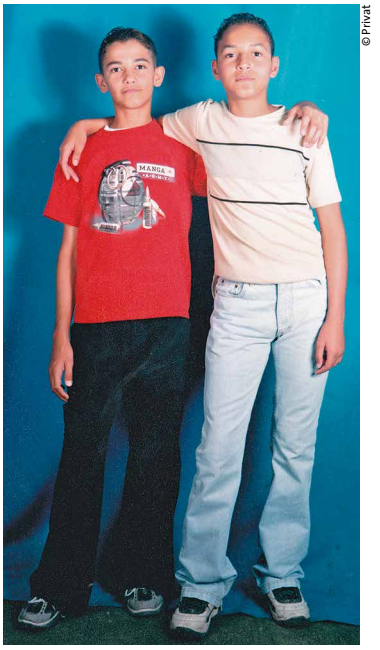
Neben der anspruchsvollen modernen Technik bleibt die alltägliche Überwachung und Bespitzelung von Person zu Person bestehen. Jong-hee, der Nordkorea 2014 verliess, berichtet: «Alle beobachten sich gegenseitig. Es fördert ein Klima der Angst, wenn man sich seiner Freunde nicht mehr sicher sein und diese von Feindinnen nicht mehr unterscheiden kann.»

Kein Anschluss: Choi Hyun-joon (2.v.r.) ist aus Nordkorea nach Seoul geflohen. Er hat wenig Chancen, mit seinen Freunden oder Angehörigen in der Heimat zu telefonieren.

© AI

Christine Newald ist Mediensprecherin der österreichischen Sektion von Amnesty International.

© AI



© Privat

Ahmed Abu Seif an seinem neuen Wohnort Chicago und in Kindheitstagen mit seinem Freund Shawkan.

«Ein Teil von mir ist gefangen»

Ahmed Abu Seif erzählt von seinem langjährigen Freund Shawkan, der in Ägypten im Gefängnis sitzt, weil er eine Demonstration fotografiert hat.

«Shawkan und ich sind seit Ewigkeiten befreundet. Ihm droht die Todesstrafe oder lebenslange Haft – nur weil er fotografiert hat. Er hat nach dem Putsch von August 2013 eine Demonstration von Anhängern und Anhängerinnen des abgesetzten Präsidenten Mohammed Mursi dokumentiert.

Er war nicht Teil des Protests: Gleich wie ein amerikanischer und ein französischer Journalist, die neben ihm standen, machte er Fotos. Sicherheitskräfte kamen und verhafteten ihn. Nach einigen Stunden liessen sie den Amerikaner und den Franzosen frei. Aber Shawkan ist Ägypter. Sie behandelten ihn wie die Demonstranten und er sitzt seither im Gefängnis.

Ich habe Angst, dass er dort sterben wird.

An seinem 600. Tag im Gefängnis schrieb Shawkan in einem seiner Briefe: ‹Wir mussten unsere Würde am Gefängnistor abgeben.› Er beschrieb die Zelle, die er mit zwölf anderen Insassen behaust: Sie ist 3×4 Meter gross. Er schläft auf nackten Kacheln am Boden. Manche schlafen im Badezimmer, weil nicht alle in die Zelle passen.

Gesundheitlich geht es ihm schlecht. Er hat Hepatitis C. Wenn er keine medizinische Versorgung und Medikamente bekommt, dann fürchte ich, dass er stirbt.

Bei allem, was ich tue, und an jedem Ort, den ich aufsuche, blicke ich durch Shawkans Augen. Der Schmerz ist gross. Es schmerzt, dass ich meine Freiheit nutzen kann und er immer noch im Gefängnis ist. Ich fühle mich, als ob ein Teil von mir gefangen wäre.»

© Ai Weiwei

Briefmarathon

Machen Sie es wie Ahmed Abu Seif: Setzen Sie sich für seinen Freund Shawkan ein! Sie haben jetzt Gelegenheit, sich am Briefmarathon für den Ägypter und weitere Menschen in Gefahr zu engagieren. Informationen und Aktionsmöglichkeiten finden Sie unter www.briefmarathon.ch.

Gefährliche Freundschaften

Freundschaft ist nicht immer im Sinne der Menschenrechte. So bieten sich Islamisten Jugendlichen als vermeintliche Freunde an, um diese für ihre menschenverachtenden Ideen zu benutzen.

Von Uta von Schrenk

Ob Deso Dogg tot ist, weiss man nicht so genau. Im Netz kursieren Gerüchte. Das Pentagon erklärte den deutschen Rapper 2015 für tot, die Propagandaabteilung der Terrormiliz IS im April 2016 für lebendig, die deutschen Sicherheitskräfte im Juni dann für möglicherweise verletzt, ein syrischer Journalist im Juli wiederum für tot. Wie auch immer. Seiner Legendenbildung ist das Hin und Her sicherlich dienlich. Schliesslich geht es darum, Anhänger zu finden und zu binden.

Ein Rapper wie Deso Dogg hatte oder hat eine besondere Strahlkraft. Seine Songs bedienen das gerade bei sozial abgehängten Jugendlichen beliebte Underdog-Image, seine maximal provokanten Botschaften wie «Wir wollen euer Blut, es schmeckt so wunderbar» sind für den IS videotauglich, und seine Biografie als ehemals deutscher Gangsta-Rapper, der als Vorkämpfer eines islamischen «Gottesstaates» zu sterben bereit ist, bietet der Szene den grösstmöglichen Phönix-Effekt – den Aufstieg aus der Asche der Ungläubigen.

Junge Szene

Islamismus beziehungsweise Salafismus findet sich in Westeuropa vor allem in der Jugendszene sowie bei jungen Erwachsenen, heisst es bei der Beratungsstelle Radikalisierung des deutschen Bundesamts für Migration und Flüchtlinge. «Im Schnitt sind die Jugendlichen, die sich radikalen Salafisten anschliessen, 18 bis 19 Jahre alt. In etwas mehr als einem Viertel der Fälle sind es Mädchen, auch hier ist die Tendenz steigend.» Die ExpertInnen der Beratungsstelle betonen, dass es sich hier um ein «gesamtgesellschaftliches Phänomen» handele – muslimische Familien sind ebenso betroffen wie christliche, Akademikerfamilien ebenso wie sozial schwache.

Es ist eine bittere Erkenntnis: Ganz offensichtlich füllen die IslamistInnen mit ihren Angeboten eine Lücke. Sie bieten sich Jugendlichen an, die auf der Suche nach Halt und Orientierung sind. Eine gefährliche Freundschaft, die auf recht unterschiedlichen Wegen angebahnt wird.

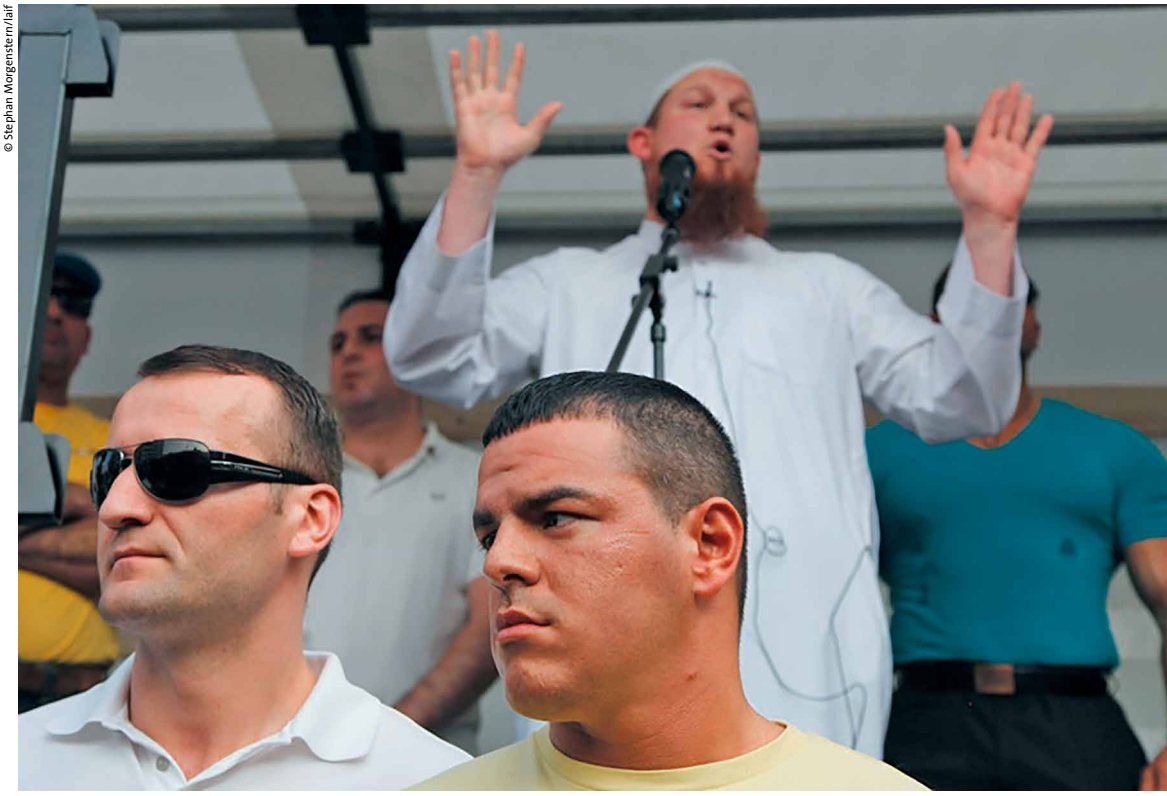
Islam in 30 Sekunden

In der islamistischen Szene Deutschlands gibt es regelrechte Stars wie den tot geglaubten Deso Dogg oder den Ex-Boxer Pierre Vogel. Die Anziehungskraft der Szene versucht Jochen Müller von ufuq.de, einer Beratungsstelle zu Islam in Jugendkulturen und politischer Bildung, so zu erklären: «Jugendliche sind auf der Suche – und dann kommt ein Pierre Vogel und rappt ihnen den Islam in 30 Sekunden. Das hat dann nichts mit Manipulation zu tun, Pierre Vogel bedient in diesem Moment auf sehr einfache Weise bestimmte Bedürfnisse nach Orientierung und Gemeinschaft.»

Die Ansprache erfolgt überall dort, wo Jugendliche sind: auf der Strasse, in Shisha-Bars und vor allem über das Internet. «Das Internet erreicht viel mehr Jugendliche als eine Moschee oder eine Kirche. Die Eltern haben oft keine Ahnung in religiösen Fragen oder sie sind zu traditionell beziehungsweise herkunftsbezogen für ihre hier geborenen Kinder. Und der Imam in der Moschee fällt auch oft aus, weil er sich in den Lebenswelten der Jugendlichen auf Facebook oder in Shoppingmalls nicht auskennt. Was machen die Jugendlichen? Sie suchen im Internet nach Antworten – wo sie mit grosser Wahrscheinlichkeit auch auf Prediger wie Pierre Vogel stossen.» Letzterer hat auf Facebook immerhin mehr als 200 000 Likes gesammelt. Und «Dabiq», das Online-Magazin der Terrormiliz IS mit Links zu ihren martialischen Propagandavideos, erscheint inzwischen auch auf Englisch und Deutsch – Zielgruppe Westeuropas Jugend.

Die Motivation, sich dem Salafismus zuzuwenden oder zu konvertieren, ist nach der Erfahrung der ufuq-MitarbeiterInnen, die an Schulen und in Jugendeinrichtungen Beratungs-

Gemäss dem Schweizerischen Nachrichtendienst NDB begaben sich von den von 2001 bis Oktober 2016 erfassten 77 Dschihadreisenden 63 nach Syrien und in den Irak und 14 nach Somalia, Afghanistan und Pakistan.
Mindestens 14 sind gestorben, weitere reisen in den Konfliktgebieten herum oder sind in die Schweiz zurückgekehrt.
Die Anzahl der RückkehrerInnen beläuft sich auf mindestens 11 Personen, bei 3 weiteren Personen ist die Rückkehr nicht sicher. Angaben zu Alter und Geschlecht gibt der NDB nicht bekannt.



© Stephan Morgenstern/laif

Gibt scheinbaren Halt und Orientierung: Der zum Islam konvertierte deutsche Prediger Pierre Vogel, auch Abu Hamza genannt, an einer Kundgebung in Frankfurt am Main, 2011.

arbeit leisten, ähnlich gelagert wie etwa bei der Zuwendung zum Rechtsextremismus. «Da ist die Suche nach Gerechtigkeit, Zugehörigkeit und Anerkennung, nach Identität, wenn man so will. Oft spielen Familiengeschichten eine Rolle. Sehr oft auch das Gefühl, als Muslim diskriminiert oder benachteiligt zu werden. Salafisten können da andocken und sagen: ‹Sie werden euch immer diskriminieren. Bei uns gehört ihr dazu, gemeinsam sind wir stark› », so Müller.

Jugendliche, die sich in Familie, Schule oder Freizeit als abgehängt oder unterlegen empfinden, erfahren plötzlich ein – scheinbares – Freundschaftsangebot. Und Aufmerksamkeit – endlich nimmt sie jemand wahr, endlich sind sie wer. «Das weist letztlich alles auf ganz normale Bedürfnisse von jungen Menschen hin, die offenbar woanders unbefriedigt oder unbeantwortet bleiben», sagt Müller.

Dein Freund – der Dschihadist | Dem Düsseldorfer Islamwissenschaftler Michael Kiefer zufolge ist die gezielte Ansprache «das wichtigste Rekrutierungsformat, das auch in den sozialen Netzwerken läuft». Da berichten ausgereiste Frauen über ihre Whats-App-Gruppen von ihrem Allah-gefälligen Leben beim IS. Oder Syrien-RückkehrerInnen sprechen gezielt Jugendliche an, von denen sie vermuten, dass sie rekrutierbar sind. Auf Facebook lächelt der IS-Kämpfer vom Foto und ermuntert, Fragen zu stellen – dein Freund, der Dschihadist.

Das Einschwören auf die salafistische Gruppe erfolgt dann über die Abwertung anderer Menschen, über antipluralistische und freiheitsfeindliche Positionen. Stattdessen gibt es einen so süffigen wie gefährlichen Cocktail aus absolutem Wahrheitsanspruch, klaren Orientierungen, einfachen Welt- und Feindbildern, aus vermeintlichem «Wissen» über die Religion. Dennoch warnt Müller davor, das Vorgehen der SalafistInnen als Propaganda, Brainwashing oder Manipulation abzutun. «Wenn es die unbefriedigten Bedürfnisse von Jugendlichen nicht gäbe, könnten die Antworten der Salafisten nicht auf fruchtbaren Boden fallen.»

«Wenn ich die gefährlichen Freunde nicht will, muss ich selbst ein guter Freund sein.»

Am Ende dieser gefährlichen Freundschaft zwischen orientierungssuchenden Jugendlichen und sendungsbewussten SalafistInnen steht im Extremfall die Radikalisierung. Dennoch betont Müller, dass es nur einige sind, die in den Dschihad, in den «Heiligen Krieg», ziehen oder bereit sind, anderswo Menschen für ihre Ideologie zu töten. Rund 800 radikale IslamistInnen aus Deutschland seien bislang in das Kampfgebiet nach Syrien und in den Irak ausgereist – ein Drittel von ihnen ist jedoch inzwischen wieder zurückgekehrt.

Angesichts von Millionen Menschen, die ihren muslimischen Glauben in Deutschland friedlich ausüben, erscheint Müller die Angst vor Terror und Gewalt trotz aller Risiken im öffentlichen Diskurs überdimensional. «Das Extreme finden einige Jugendliche cool – den allermeisten muslimischen Jugendlichen ist einer wie Vogel voll peinlich.» Wer nicht wolle, dass sich Jugendliche radikalisieren, müsse ihre Suche nach Orientierung und Identität ernst nehmen – und demokratische Alternativen bieten. «Wenn ich die gefährlichen Freunde nicht will, muss ich selbst ein guter Freund sein», so Müller.

«Man muss wieder Subjekt werden.»

Der Hirnforscher Gerald Hüther über das, was uns zu Menschen macht und welche Rolle die Freundschaft dabei spielt. Interview: Christine Newald

▸ **AMNESTY:** Aus Ihrer Perspektive als Hirnforscher: Was ist das Verbindende zwischen den Menschen?

◂ **Gerald Hüther:** Wir fangen an zu begreifen, dass es den Menschen und damit auch ein einzelnes Hirn in seiner Singularität gar nicht gibt. Das ist ein Konstrukt. Es gibt Menschen nur in Verbundenheit. Alles, was ein Mensch zeit seines Lebens lernt, lernt er von anderen. Nehmen wir ganz einfach das Erlernen der Sprache: Spracherwerb kann nur mit und durch andere passieren. Das gilt auch für Dinge wie Fahrradfahren oder das aufrechte Gehen. Wir sind in viel höherem Masse soziale Wesen, als wir uns das bisher eingestehen wollen.

▸ Welche Rolle spielt dabei die Empathie?

◂ Diese Fähigkeit, zu fühlen, was ein anderer Mensch fühlt, ist wesentlich für unsere Menschwerdung. Denn ohne Einfühlungsvermögen können wir auch keine sozialen Bindungen entwickeln. Aber Empathie per se ist noch keine Qualität, sondern eine Fähigkeit, die manche Menschen auch nutzen, um andere übers Ohr zu hauen. Korrupte Investmentbanker sind extrem gut darin, sich in die Gefühlswelt ihrer Kunden hineinzuversetzen, strategisch Handlungen zu planen oder vernetzt zu denken. Auch moderne Werbestrategen müssen viel von Empathie verstehen. Empathie, Kreativität, Zusammenarbeit – das sind offenbar per se noch keine Fähigkeiten, die uns zu Menschen machen.

▸ Wenn wir uns die Methoden des sogenannten Islamischen Staates anschauen, um Menschen zu rekrutieren – funktioniert das auch nach dem Muster, das Sie beschreiben?

◂ Ja, die arbeiten ja besonders geschickt mit den Gefühlen. Es ist deshalb wichtig zu verstehen, dass wir nicht dadurch menschlich werden, weil wir empathiefähig sind. Wir werden dann zu Menschen, wenn wir aufhören, andere Menschen als Objekt unserer Gedanken und unserer Absichten zu benutzen. Der Mensch ist das einzige Lebewesen, das andere Menschen zum Objekt seiner eigenen Absichten, Vorstellungen, Bewertungen und Massnahmen machen kann. Diese bemerkenswerte Fähigkeit ist uns nicht angeboren, sie ist eine Kulturleistung. Erworben haben wir sie, weil es in der Menschheitsgeschichte immer wieder notwendig war, sich gegen Bedrohung und Krieg zu wehren und hierarchische Strukturen auszubilden. Ein Kriegsfürst muss seine Soldaten wie Objekte einsetzen, um seine Ziele durchzusetzen. Und so machen es auch Wirtschaftsbosse oder Politiker.

▸ Das heisst, jemanden als Objekt zu betrachten, würde der Idee von Freundschaft widersprechen?

◂ Ich kann niemandem ein Freund sein, den ich gleichzeitig bewerte und manipuliere. In Freundschaften kann man sich nur auf Subjektebene begegnen. Das ist der Zauber aller Freundschaft.
Man könnte es auch umgekehrt sagen: Sie sind dann Subjekt, wenn Sie jemandem auf Augenhöhe begegnen. Das Subjekt erlebt sich als Gestalter seines Lebens. Der Vorschlag, andere Menschen nicht mehr als Objekte zu betrachten, ist ein sehr grundsätzlicher Ansatz, der fast alles in Frage stellt, was wir in unserer westlichen Gesellschaft leben.

▸ Was wären denn Beispiele für Menschen, die sich und andere als Subjekt erleben?

◂ Nelson Mandela – und Gandhi. Menschen, die wir bewundern, weil sie von Machthabern zu Objekten gemacht wurden und doch Mensch geblieben sind. Offenbar können Menschen aus dieser Rolle aussteigen und auch unter widrigen Umständen Subjekt bleiben. Das sind Menschen, die sich als Persönlichkeit zeigen, auch in ihrer Verletzlichkeit. Menschen, die sich denken: ‹Macht ihr das ruhig alle so, ich mache nicht mit.› Totalitäre Systeme brauchen Objekte, sonst funktionieren sie nicht. Nehmen Sie die ehemalige DDR: Da haben sich Menschen, die zu Objekten gemacht wurden, als Subjekte emanzipiert, zum Beispiel in den Montagsdemonstrationen. Man muss wieder Subjekt werden, damit man die Welt verändern kann.

▸ Gibt es in Ihrem Verständnis die Kraft der Solidarität?

◂ Die Kraft der Solidarität ist etwas Wunderbares und geht wohl auch damit einher, andere Menschen eher als Subjekte

Gerald Hüther ist wohl der bekannteste Hirnforscher Deutschlands. Er ist Vorstand der Akademie für Potentialentfaltung. Des Weiteren ist er Autor zahlreicher Sachbücher und arbeitet als Berater für Politik und Unternehmer.

zu sehen. Aber totalitäre Systeme leben in erster Linie von der Angst. Und gegen Angst hilft nur eines: Vertrauen.
Vertrauensbildung passiert auf drei Ebenen: Ich muss erstens das Vertrauen wieder finden, dass ich etwas tun kann, dass ich die Welt gestalten kann. Ich muss zweitens das Vertrauen zurückgewinnen, dass es andere gibt, die mir helfen – das ist die Solidarität. Und dann gibt es noch die dritte Stufe, und das ist die schwierigste: das Vertrauen, dass es wieder gut wird. Auf einer spirituellen Ebene würde das so viel bedeuten wie das Vertrauen, dass wir in dieser Welt gehalten werden.

▸ Könnte man nicht auch die Menschenrechte als System sehen, das Halt gibt in einer zerteilten Welt?

◂ Das ist es, was wir gerne glauben. Aber ich fürchte, Menschenrechte reichen nicht aus. Vertrauen können Sie nicht über ein rechtsstaatliches System erzeugen. Auch nicht mit einer Menschenrechtscharta. Was es braucht, ist ein Gefühl des Vertrauens. Vertrauen kann aber nur wachsen, wenn Menschen lernen, aufeinander zuzugehen. Das kann man nicht per Menschenrechtscharta einfordern oder gar anordnen. Die Menschenrechte wurden eingefordert und formuliert, um Menschen aus alten Herrschaftsstrukturen zu befreien. Die Frage, die sich heute stellt, ist aber nicht nur, wovon wir frei werden wollen, sondern wofür. Und diese Frage beantworten die Menschenrechte nicht.

Wir sind in viel höherem Masse soziale Wesen, als wir uns das bisher eingestehen wollen.

▸ Was unterscheidet Menschen, die sich als volle Persönlichkeiten entwickeln und sich in allen Facetten zeigen?

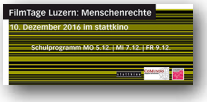
◂ Die Resilienzforschung kommt da zu einer klaren Aussage. Man muss als Mensch zumindest einmal bedingungslos geliebt worden sein. Man muss einen Menschen getroffen haben, der wirklich an einen glaubt. Man könnte auch sagen: Man muss einmal einen Freund gefunden haben.
Alle Menschen haben die gleichen Grundbedürfnisse und die gleichen Sehnsüchte. Wir wollen auch alle das Gleiche: dazugehören und verbunden sein einerseits und wachsen dürfen und frei werden andererseits. Es hat lange gedauert, bis wir das erkannt haben. Nun käme es darauf an, unser Zusammenleben so zu gestalten, dass beides möglich wird, dass wir uns in unserer Einzigartigkeit individuell entwickeln können, weil (nicht obwohl) wir als Mitglieder menschlicher Gemeinschaften miteinander verbunden sind. |

© www.gerald-huether.de

Film

Filme in Luzern …

Die «FilmTage Luzern: Menschenrechte» rücken Menschen und Organisationen ins Blickfeld, die sich weltweit unter schwierigen Umständen für die Einhaltung von Menschenrechten einsetzen. Dieses Jahr liegt der thematische Fokus auf der Agenda 2030, die von den Vereinten Nationen am Nachhaltigkeitsgipfel in New York 2015 verabschiedet worden ist.



5. bis 10. Dezember 2016.
Stattkino Luzern.
www.stattkino.ch

… in Zürich …

Vom 7. bis 11. Dezember 2016 findet die zweite Ausgabe des «Human Rights Film Festival Zurich» statt. Das Programm widerspiegelt die Vielfalt von Menschenrechtsanliegen in unterschiedlichen Regionen und gesellschaftlichen Konstellationen. VertreterInnen von Amnesty International nehmen im Anschluss an den Film «Tadmor» an einem Podiumsgespräch über Folter als systematisches Instrument der politischen Repression in Syrien teil.

7. bis 11. Dezember 2016.
Kinos Riffraff, Houdini und Arthouse Uto, Zürich.

www.humanrightsfilmfestival.ch

… sowie in mehreren Städten

Die 20. «Filmtage21» (früher «Filmtage Nord/Süd») werden ab März 2017 in verschiedenen Städten der Deutschschweiz durchgeführt. Sie stellen ausgewählte Filme vor, die sich für die Bildungs- und Jugendarbeit eignen und die Menschenrechte und nachhaltige Entwicklung thematisieren.

Ab 8. März 2017.
St. Gallen, Chur, Luzern, Zürich, Fribourg, Brig, Basel und Bern.
education21.ch/de/filmtage

Hoffnung trifft Furcht

Was bedeutet Migration für Menschen, die auf der lebensgefährlichen Route durch Zentralamerika unterwegs sind? Ein Dokumentarfilm liefert Einsichten. Von Carole Scheidegger

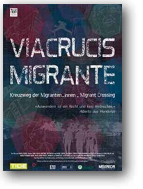
© Hauke Lorenz

Eines von Donald Trumps hochproblematischen Wahlversprechen ist bekanntlich die Mauer, die er an der Grenze zu Mexiko bauen will. Der einstündige Dokumentarfilm «Viacrucis Migrante» stellt ein paar jener Menschen auf der Flucht vor, gegen die der designierte US-Präsident massiv Ängste schürt.

Zum Beispiel drei junge Männer, die nur mit kleinen Stoffrucksäcken quer durch Zentralamerika unterwegs sind. Sie finden vorübergehende Aufnahme in der Flüchtlingsherberge La72 in Tenosique nahe der guatemaltekisch-mexikanischen Grenze. Hier überlegen sie, wie es weitergehen kann: Sollen sie tatsächlich versuchen, auf einen Güterzug aufzuspringen? Das an sich schon riskante Unterfangen wird noch gefährlicher durch kriminelle Banden, die es auf die Flüchtlinge und Migrantinnen abgesehen haben. Auch vor der Migrationspolizei haben die drei jungen Männer dauernd Angst.

In der Herberge kommen auch vereinzelte Familien unter. Viele Gäste stammen aus Honduras, einem der gefährlichsten Länder der Welt. Sie erzählen dem Hamburger Filmemacher Hauke Lorenz, dass Gangs sie erpresst hätten, dass ihre Familien in Gefahr seien. Eine Transfrau berichtet von der Belästigung, die sie in der Heimat über sich ergehen lassen musste. Sie habe dort nicht bleiben können, sagt sie. Ihre Zukunft allerdings ist mehr als ungewiss.

Den Bericht «Home Sweet Home. Honduras, Guatemala and El Salvador's role in a deepening refugee crisis» von Amnesty International finden Sie auf www.amnesty.ch.



Viacrucis Migrante: Kreuzweg der Migrant_innen.
Von Hauke Lorenz.
Deutschland 2016.
Zu sehen auf Vimeo on Demand (vimeo.com, kostenpflichtig).

Vorgaben, Widersprüche, Selbstzensur

Drei Jahrhunderte, drei Modelle: Der US-Historiker Robert Darnton untersucht unterschiedliche Methoden der Zensur von Literatur. Im Mittelpunkt seiner Analyse stehen die Zensoren.

Von Maik Söhler

© Bundesarchiv, Bild 183-R0518-155

Kontrolle trotz Zensurverbot: Parteiversammlung in der DDR.

Was hat der Königshof der Bourbonen in Versailles mit Erich Honecker zu tun? Beide leisteten sich Institutionen, die auf die Sichtung, Überprüfung und Zensur literarischer Werke spezialisiert waren. Robert Darnton, Professor für Geschichte an der Harvard University, hat mit «Die Zensoren» ein Sachbuch vorgelegt, das dem Wirken von Zensoren nachgeht. Vom vorrevolutionären Frankreich des 18. Jahrhunderts über das späte 19. und frühe 20. Jahrhundert im britisch beherrschten Indien bis zu den letzten Tagen der DDR reicht seine Untersuchung.

Königliche Empfehlung | Unter dem Ancien Régime wachte eine von Jahr zu Jahr grösser werdende Schar an Beauftragten des Königshauses über das «Druckprivileg», meist schrieben sie eine «königliche Empfehlung» für ein Buch und gaben damit ihre Genehmigung zum Druck. Die meisten Autoren erhielten die Approbation. Verbote gab es zumeist wegen zotiger oder pornografischer Inhalte, selten wegen Kritik am Hof oder Seitenhieben auf den Klerus. Wurde ein Werk einmal nicht freigegeben, so gelangte es in der Schweiz oder in den Niederlanden in den Druck und kam von dort nach Frankreich.

In Britisch-Indien dauerte es jahrelang, bis Werke der bengalischen Literatur überhaupt erfasst wurden. Zum britischen Imperialismus des 19. Jahrhunderts gehörte ein liberaler Geist, der von Zensur nur wenig wissen wollte. Allein nach Aufständen oder Terrorakten versuchten die britischen Statthalter, indische Druckerzeugnisse zu kontrollieren. Statt Verbote auszusprechen, wurden Gerichtsverfahren angestrengt, denen beim Verdacht der «Aufwiegelung» auch Repression folgen konnte. Als Zensoren fungierten anfangs nur Briten, später Briten und Inder, die mehr daran interessiert waren, die indische Literatur zu fördern, anstatt sie zu hemmen.

© Francis Hayman via Wikimedia Commons

In Britisch-Indien kontrollierten die Statthalter Druckerzeugnisse vor allem nach Aufständen.

Selbstzensur | In der DDR wiederum etablierte sich schnell ein Zensursystem, das dem Kulturministerium unterstand, aber auch kulturpolitischen Abteilungen der SED Rechenschaft ablegen musste. Da die DDR-Verfassung Zensur verbot, sprachen die Zensoren und Zensorinnen davon, es sei ihnen darum gegangen, «den Prozess zu überwachen, durch den aus Ideen Bücher würden». Es herrschte ein komplexes System der Zensur zwischen Staat, Partei, Verlagsleitern, LektorInnen und AutorInnen, das überwiegend von der Selbstzensur letzterer gekennzeichnet war.

Darntons Buch hat den Mangel, dass es unter Zensur allein staatliche Akte fasst, der Zensurbegriff zu eng gesteckt ist. Dennoch: Der vergleichende Ansatz, das gründliche Quellenstudium und der soziologische Blick auf Funktionen und Beschränkungen der Kontrolle von Literatur machen aus «Die Zensoren» ein mehr als nur lesenswertes Werk. |

Robert Darnton: Die Zensoren. Wie staatliche Kontrolle die Literatur beeinflusst hat. Aus dem Englischen von Enrico Heinemann. Siedler, München 2016.

«Die Globalisierungskritiker haben sich globalisiert»

Unternehmen hören heute besser zu, wenn sie wegen Missachtung von Menschenrechten und Umwelt kritisiert werden. Weshalb das so ist, erklärt der Journalist Markus Mugglin im Interview. In seinem neuen Buch setzt er sich mit Unternehmen und NGOs auseinander. Interview: Carole Scheidegger

© Daniel Rihs

«Konzerne nehmen Kritik ernster als vor 10 oder 20 Jahren», sagt Ökonom Markus Mugglin.

▸ **AMNESTY:** Was hat Sie motiviert, ein Buch über Konzerne und NGO-Kampagnen zu schreiben?

◂ **Markus Mugglin:** In den letzten Jahren gab es viele Skandale und Berichte darüber, aber keinen Überblick über die Entwicklung. Mich hat interessiert, ob sich Veränderungen feststellen lassen: Gehen Konzerne auf Kritik ein oder nicht?

▸ Welche Veränderungen sehen Sie?

◂ Konzerne nehmen Kritik ernster als vor 10 oder 20 Jahren. Auch die NGOs haben sich verändert: Indem sich die Globalisierungskritiker selber globalisiert haben, vermögen sie die Konzerne jetzt viel stärker unter Druck zu setzen. Dazu kommt eine plakative Verpackung der Kritik, beispielsweise durch die Kopie der Methoden von Ratingagenturen. Komplexe Zusammenhänge werden über klare Botschaften effektvoll publik gemacht.

▸ Was hat Sie am meisten überrascht?

◂ Am meisten hat mich überrascht, dass Nestlé von manchen NGOs auch Lob bekommt. Auch von NGOs, die nun wirklich nicht als brav gelten. Im Ranking «Behind the Brands» von Oxfam rangiert Nestlé bei den Lebensmittelkonzernen hinter Unilever auf dem zweiten Platz. Natürlich gibt es auch weiterhin viel Kritik, zum Beispiel bei Kinderarbeit – dort ist Nestlé auf dem Weg zu Verbesserungen, aber noch nicht am Ziel.

▸ Sind solche Entwicklungen bei Nestlé und anderen Konzernen nur Imagepflege oder ernstgemeinte Bemühungen?

◂ Image ist ja nicht nur ein rein äusserliches Bild. Ein schlechtes Image kann zu Umsatzeinbussen oder teuren Klagen führen. Wenn ein Unternehmen nicht nur auf das nächste Quartal schaut, sondern mittel- und längerfristig denkt, muss es auf Kritik eingehen.

▸ Ist für NGOs Konfrontation oder Kooperation gegenüber Unternehmen die bessere Strategie?

◂ Die Erfolgsaussichten sind am grössten, wenn eine Organisation beide Strategien beherrscht.

▸ In Ihrem Buch interviewen Sie Danièle Gosteli-Hauser von Amnesty International. Warum haben Sie gerade diese Fachfrau für Wirtschaft und Menschenrechte ausgewählt?

◂ Danièle Gosteli-Hauser ist seit 20 Jahren in diesem Bereich tätig. Sie war eine Akteurin in den Veränderungen und kann aus eigener Erfahrung über eine lange Periode berichten. Aus dem gleichen Grund wünschte ich mir auf Konzernseite ein Gespräch mit Nestlé-Verwaltungsratspräsident Peter Brabeck-Letmathe.

▸ Im Oktober wurde die Konzernverantwortungsinitiative eingereicht. Mit welchen Argumenten sollten die dahinterstehenden NGOs die Stimmbevölkerung von diesem Anliegen überzeugen?

◂ Die Initiative scheint laut einer Umfrage mit der Zustimmung von 89 Prozent unglaublich grosse Sympathien zu geniessen. Dennoch wird es Ängste geben, Ängste vor Bürokratisierung oder einer Schwächung der Wirtschaft. Die Initianten müssen diesen Ängsten etwas entgegensetzen können und aufzeigen, dass neue Regulierungen unbürokratisch umsetzbar sind. |

Markus Mugglin: Konzerne unter Beobachtung. Was NGO-Kampagnen bewirken können. Rotpunktverlag, Zürich 2016.

Auf den Punkt gebracht

Völkerrecht: ein Begriff, mit dem wir immer wieder konfrontiert sind. Aber was steckt wirklich dahinter? Ein kurzes Sachbuch verschafft einen Überblick. Von Nina Astfalck

Der Einstieg ins kurze Sachbuch ist lebendig gestaltet: Statt sogleich auf Themen wie zum Beispiel die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) einzugehen, erklären die HerausgeberInnen und AutorInnen etwa, dass wir unsere Smartphones nur dank des Völkerrechts im In- und Ausland benutzen können. Die Leserschaft wird anschliessend langsam an das breite Thema herangeführt. Zuerst folgen eine kurze Abhandlung des Rechtsbegriffs und ein Abriss der Entstehungsgeschichte des Völkerrechts. Der nächste Themenblock zeigt auf, in welcher Form sich das Völkerrecht manifestieren kann, und diskutiert, wer völkerrechtliches Subjekt ist und welche Lebensbereiche es regelt. Zwei weitere Kapitel behandeln das Verhältnis zwischen Gewaltanwendung und Völkerrecht sowie seine Durchsetzung. Das letzte Kapitel bespricht die Wirkung des Völkerrechts in der Schweiz.

Der klare Aufbau des Buches ist für das Verständnis des Themas sehr hilfreich. Jedes Kapitel wird mit einer einfachen Fragestellung eingeführt, die Aufschluss über den Inhalt gibt. Die AutorInnen lenken die Lesenden mit Querverweisen zu anderen Kapiteln, Informationsboxen und anschaulichen Beispielen aus der Realität. Gerade die Beispiele sorgen für eine abwechslungsreiche Lektüre. Einen grossen Beitrag dazu leistet auch die Sprache. Sie ist auch für NichtjuristInnen gut verständlich, und es gelingt den AutorInnen, komplexe Konzepte einfach zu erklären.

Das eigentliche Herzstück des Buches ist das letzte Kapitel, in dem es um die Schweiz geht. Vor allem dort spürt man die Grenzen, die sich den AutorInnen aufgrund der Kürze des Buches und der gleichzeitigen Immensität dieses Themas stellten. Im Unterkapitel «Völkerrechtswidrige Volksinitiativen» wäre es beispielsweise interessant gewesen, mehr über die Bestrebungen, die EMRK mittels Initiative zu kündigen, lesen zu können.

Das Buch wird seinem Anspruch dennoch in jeder Hinsicht gerecht. Nach der Lektüre verfügt man über ein Grundwissen zum Völkerrecht. Es ist ein Einstiegswerk, das hilft, Berichterstattungen über das Völkerrecht besser zu verstehen. Daher ist es auch als Nachschlagewerk einsetzbar.

Für alle Personen, die am aktuellen politischen Geschehen im In- und Ausland interessiert sind, aber nur beschränkte Kenntnisse des Völkerrechts haben, ist dieses Sachbuch höchst empfehlenswert. Daniel Högger und Cristina Verones, die das Werk im Namen von foraus – Forum Aussenpolitik herausgegeben haben, lassen an der Wichtigkeit des Völkerrechts für die Schweiz keinen Zweifel aufkommen. Trotzdem bleiben die Erklärungen sachlich und nüchtern, und es wird auch auf Schwachpunkte und Herausforderungen des Völkerrechts verwiesen. Das Buch weckt Neugierde, sich weiter zu informieren. |

© Michael Bueker

Ein Instrument des Völkerrechts sind die Kriegsverbrechertribunale: Der **Internationale Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien** wurde am 25. Mai 1993 geschaffen. Zu den bekanntesten Prozessen gehört jener gegen den serbischen General Ratko Mladic. Im Bild eine Namenstafel an der Gedenkstätte in Potočari in der Nähe von Srebrenica.

Daniel Högger, Cristina Verones (Hrsg.): Völkerrecht kompakt. Eine komplexe und für die Schweiz bedeutsame Materie kurz und verständlich erklärt.
Verlag NZZ Libro, Zürich 2016.

FREIHEIT IST DER WERT, DER BLEIBT

AMNESTY INTERNATIONAL

Was Ihnen heute wichtig ist, soll morgen nicht vergessen werden. Mit einem Testament können Sie vieles regeln und selber bestimmen. Ich berate Sie persönlich, vertraulich und kostenfrei. Sie erreichen mich unter 031 307 22 69 oder per E-Mail an cvongunten@amnesty.ch. Gerne können Sie bei mir auch gratis Ihren Ratgeber zur Nachlassplanung bestellen. Ich bin für Sie da!

Ihre Chantal von Gunten Graf

«DIE MENSCHEN STEHEN ZWISCHEN DEN FRONTEN»

▸ AMNESTY: In Kamerun beschäftigen Sie sich vor allem mit den Menschenrechtsverletzungen durch Boko Haram und die Armee. Wie hat Boko Haram die Sicherheitslage in Kamerun verändert?

◂ **Balkissa Ide Siddo:** Die bewaffnete Gruppierung Boko Haram hat ihr Vorgehen deutlich verstärkt, von Juli 2015 bis Juli 2016 hat Boko Haram mehr als 200 Anschläge verübt. Sie verschleppen und töten Menschen und brennen ganze Dörfer nieder. Besonders perfide ist, dass die Gruppe bevorzugt junge Mädchen dazu benutzt, Anschläge auszuführen, weil diese leichter durch Sicherheitskontrollen kommen. Im Norden des Landes herrscht Angst, während Menschen in anderen Regionen sich relativ sicher fühlen.

▸ Mit welchen Massnahmen hat die Regierung Kameruns auf diese Bedrohungslage reagiert?

◂ 2014 wurde ein neues Anti-Terror-Gesetz verabschiedet, das ein grosses Problem darstellt. Es fasst Terrorismus sehr weit und schränkt das Recht auf freie Meinungsäusserung ein. Du bist allein schon Terroristin oder Terrorist, wenn du die öffentliche Ordnung störst. Vor Einführung des Anti-Terror-Gesetzes stand Kamerun kurz davor, die Todesstrafe abzuschaffen. Jetzt können Menschen hingerichtet werden, nur weil sie verdächtigt werden, Mitglied von Boko Haram zu sein. Sie werden willkürlich inhaftiert und in inoffiziellen Hafteinrichtungen gefoltert.

▸ Wie gewinnen Sie die Informationen für Ihre Berichte?

◂ Bevor wir auf eine Ermittlungsmission gehen, beobachten wir die Situation, um abschätzen zu können, was uns erwartet. Wenn wir dort sind, treffen wir Journalistinnen, Rechtsanwälte, Aktivistinnen und Aktivisten. Entscheidend ist, lokale Netzwerke zu nutzen. Wir sprechen mit Opfern und deren Familien, wir gehen in Gefängnisse. Zurück in Dakar überprüfen wir die Informationen, auch mit anderen Amnesty-Teams, die uns zum Beispiel die Echtheit von Fotos oder Videos bestätigen. Wir stellen sicher, dass das, was in den Bericht kommt, hundertprozentig stimmt. Aber wenn wir die kamerunischen Behörden treffen, um ihnen unsere Ergebnisse mitzuteilen, sagen sie jedes Mal, dass wir sie ohne Beweise beschuldigen.

▸ Was bedeutet Ihnen Ihre Arbeit?

◂ Sie bereichert mich. Das war nicht so, als ich noch in der Privatwirtschaft gearbeitet habe. Bei Amnesty zu arbeiten, gibt meinem Leben einen Sinn. Ich erinnere mich zum Beispiel an den Fall eines Menschenrechtsverteidigers aus dem Tschad, der monatelang eingesperrt war. Wir haben sehr viel zu seinem Fall gearbeitet und die Anklagen gegen ihn wurden schliesslich tatsächlich fallen gelassen. Seine Frau rief uns danach an und war so glücklich, dass sie weinte. Ich habe das Gefühl, dass ich einen Unterschied im Leben der Menschen mache, wenn ich ein Lächeln auf ihr Gesicht bringe und wenn Familien durch unsere Arbeit wieder zusammenkommen.

Interview: Vera Dudik

«ICH HABE DAS GEFÜHL, DASS ICH EINEN UNTERSCHIED IM LEBEN DER MENSCHEN MACHE, WENN ICH EIN LÄCHELN AUF IHR GESICHT BRINGE UND WENN FAMILIEN DURCH UNSERE ARBEIT WIEDER ZUSAMMENKOMMEN.»

Balkissa Ide Siddo ist seit Februar 2015 Campaignerin im Amnesty-Büro in der senegalesischen Hauptstadt Dakar. Schwerpunktländer ihrer Arbeit sind Tschad, Gabun, die Republik Kongo, Kamerun und die Zentralafrikanische Republik.

© AI / Vera Dudik

JEDER BRIEF ZÄHLT!

Unterstützen Sie Menschen in Not, appellieren Sie gegen Folter, willkürliche Verhaftungen und drohende Hinrichtungen.
Die Briefe gegen das Vergessen sorgen dafür, dass Opfer von Menschenrechtsverletzungen nicht in Vergessenheit geraten und öffentliche Aufmerksamkeit erhalten. Ihre Briefe sind wirksam! Je zahlreicher, desto besser!

Schreiben Sie höflich formulierte Briefe an die jeweils angegebenen Behörden des Landes. Sollten Sie eine Antwort erhalten, senden Sie bitte eine Kopie an:
Amnesty International, Schweizer Sektion,
Postfach, 3001 Bern
Fax: 031 307 22 33 oder info@amnesty

BRIEFVORLAGEN UND WEITERE BRIEFAKTIONEN: WWW.AMNESTY.CH/SCHREIBEN

Sie können die Briefe unter oben stehender Adresse auch abonnieren! Wir schicken Ihnen Modellbriefe per Mail, welche Sie ausdrucken, unterschreiben und direkt abschicken können.

1 LAOS

20 JAHRE HAFT

Thongpaseuth Keuakoun und Seng-Aloun Phengphanh

© Private

Zwei ehemalige studentische Aktivisten verbüssen in Laos 20-jährige Gefängnisstrafen, weil sie 1999 versucht hatten, Transparente aufzuhängen, auf welchen Reformen gefordert wurden. Keuakoun und Phengphanh gehörten damals zur laotischen Studentenbewegung für Demokratie. 2003 wurden die beiden wegen Landesverrats zu jeweils 10 Jahren Gefängnis verurteilt. 2010, als sie hätten freikommen müssen, gaben die Behörden jedoch an, es sei eine 20-jährige Haftstrafe gegen die Männer ergangen. Keuakoun und Phengphanh werden im Samkhe-Gefängnis festgehalten, in welchem die Haftbedingungen sehr schlecht sind. Häftlinge werden gefoltert und erhalten unbewältigbare Aufgaben. Wenn sie das geforderte Arbeitsergebnis nicht erreichen, werden sie hart bestraft.

Höflich formulierter Brief an:
SALEUMXAY KOMMASITH
Ministry of Foreign Affairs
23 Singha Road, Vientiane
Democratic People's Republic of Laos
Fax: + 856 21 414009
E-Mail: cabinet@mofa.gov.la

Kopie an:
MINISTER OF FOREIGN AFFAIRS
Saleumxay Kommasith
c./o. Ambassade de la République Démocratique Populaire Lao
Route de Colovrex 14bis
1218 Le Grand-Saconnex
Fax: 022 798 24 40
E-Mail:
laomission_geneva@bluewin.ch

Sehr geehrter Herr Minister
Mit grosser Sorge habe ich vom Schicksal von Thongpaseuth Keuakoun und Seng-Aloun Phengphanh erfahren. Die beiden verbüssen Gefängnisstrafen, weil sie 1999 versucht hatten, Transparente aufzuhängen, die politische, soziale und wirtschaftliche Reformen forderten. Die beiden Aktivisten gehörten damals zur Studentenbewegung für Demokratie. 2010 hätten sie freikommen sollen, da sie zu 10 Jahren Haft verurteilt worden waren. Ich bitte Sie, diese politischen Gefangenen freizulassen. Sie sind allein wegen der friedlichen Ausübung ihrer Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit inhaftiert.
Stellen Sie bitte sicher, dass Thongpaseuth Keuakoun und Seng-Aloun Phengphanh in Übereinstimmung mit internationalen Menschenrechtsstandards regelmässig Zugang zu ihren Familien sowie medizinische Versorgung erhalten.

Hochachtungsvoll

2 KANADA

ENTFÜHRUNG UND TÖTUNG
Indigene Mädchen und Frauen

© AI

In Kanada werden indigene Frauen und Mädchen (Angehörige der Métis, Inuit und First Nations) überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewalttaten, darunter auch Tötungen. Weitverbreiteter Rassismus, Verarmung und Ausgrenzung sind mitverantwortlich dafür, dass sie in besonderem Masse von Gewalt bedroht sind. Weder Polizei noch Regierungsbehörden bieten einen angemessenen Schutz. Indigene Frauen leben häufig unter Bedingungen, die ein erhöhtes Gewaltpotenzial bergen. Hierzu zählen überfüllte Häuser, Drogenhandel und Sexarbeit. Die Regierung hat eine landesweite Untersuchung in Auftrag gegeben, die die Ursachen für das Ausmass an Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen klären soll. Notwendig sind aber auch Sofortmassnahmen, um die grössten Defizite in der Unterstützung indigener Frauen und Mädchen in Kanada zu bekämpfen. Dazu zählt unter anderem, dass es viel zu wenig Anlaufstellen für indigene Frauen und Mädchen gibt.

Höflich formulierter Brief an:
HONOURABLE CAROLYN BENNETT
Federal Minister of Indigenous and
Northern Affairs
Room 173, East Block
House of Commons
Ottawa, Ontario K1A OA6
KANADA
Fax: 001 – 613 – 947 46 22
E-Mail: carolyn.bennett@parl.gc.ca

Kopie an:
BOTSCHAFT VON KANADA
Kirchenfeldstrasse 88
Postfach
3000 Bern 6
Fax: 031 357 32 10
E-Mail: bern@international.gc.ca

Sehr geehrte Frau Ministerin
Ich bin sehr besorgt darüber, dass in Kanada indigene Frauen und Mädchen überdurchschnittlich häufig Opfer von Gewalttaten werden. Weitverbreiteter Rassismus, Verarmung und Ausgrenzung werden dafür verantwortlich gemacht, zudem würden ihnen weder Polizei noch Regierungsbehörden einen angemessenen Schutz gewähren.
Ich begrüsse es, dass die Regierung eine landesweite Untersuchung in Auftrag gegeben hat, die die Ursachen der Gewalt gegen indigene Frauen und Mädchen klären soll. Ich bitte Sie aber, auf die bekannten Anliegen indigener Frauen und Mädchen bereits jetzt einzugehen und eine langfristige Unterstützung sicherzustellen. Dazu gehören auch genügend Anlaufstellen.

Hochachtungsvoll

3 USBEKISTAN

ISROIL KHOLDOROV
Mehrfache Haftverlängerungen

© Private

Der friedliche Menschenrechtsaktivist Isroil Kholdorov wurde 2007 in einem unfairen Gerichtsverfahren wegen «Verbrechen gegen den Staat» zu 6 Jahren Gefängnis verurteilt. Laut Angaben seines Rechtsbeistands waren bis auf eine alle Anklagen konstruiert. 2012 verfügte ein Gericht 3 weitere Jahre Haft, weil Kholdorov gegen Gefängnisregeln verstossen haben soll. Ende 2015 wurde die Strafe nach einer dreiminütigen Anhörung um weitere dreieinhalb Jahre verlängert. Kholdorov hatte keinen Zugang zu einem Rechtsbeistand. Seine Familie wurde weder über die Anhörung noch über die Anklagen gegen ihn informiert.

Höflich formulierter Brief an:
PRESIDENT SHAVKAT MIRZIYOYEV
Rezidentsia prezidenta
ul. Uzbekistanskaia, 43
Tashkent 700163
USBEKISTAN

Kopie an:
BOTSCHAFT DER REPUBLIK USBEKISTAN
Perleberger Strasse 62
D - 10559 Berlin
Fax: 004930/ 39 40 98 62
E-Mail: botschaft@uzbekistan.de

Sehr geehrter Herr Präsident
Isroil Kholdorov ist ein gewaltloser politischer Gefangener, der wegen der friedlichen Ausübung seines Rechts auf Meinungsfreiheit festgehalten wird. Ich bin sehr besorgt darüber, dass er in Verfahren, die nicht internationalen Standards entsprechen, wiederholt zu langen Haftstrafen verurteilt wurde, und möchte Sie an die Verpflichtungen erinnern, welchen Usbekistan als Vertragsstaat des Internationalen Pakts über bürgerliche und politische Rechte nachkommen muss. Ich bitte Sie ausserdem sicherzustellen, dass Isroil Kholdorov Zugang zu einem Rechtsbeistand gewährt wird.

Hochachtungsvoll

AMNESTY-BOUTIQUE

Unsere Produkte werden nachhaltig, ethisch und ökologisch korrekt hergestellt.

WEITERE ATTRAKTIVE PRODUKTE FINDEN SIE IN UNSEREM WEBSHOP SHOP.AMNESTY.CH

FARBIGE KERZEN

Diese Kerzen sind auf Anfrage auch in 12er-Schachteln erhältlich.

gelb, orange, rot
Paraffin, 10 x 6 cm,
Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.030 / Fr. 24.–

aubergine, himbeer, crème
Paraffin, 10 x 6 cm,
Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.037 / Fr. 24.–

violett, eisblau, weiss
Paraffin, 10 x 6 cm,
Karton mit 3 Kerzen, assortiert.

Art. 2700.039 / Fr. 24.–

BIENENWACHSKERZEN

Karton mit 2 Kerzen

Art. 2700.022 / Fr. 28.–

ADVENTSKERZEN

Im 4er-Set, rot, 14 x 6 cm.

Art. 2700.040 / Fr. 36.–

SIRUP-GESCHENKSET

Besteht aus einem saisonalen Sirup («Winterwärme») und einer Trinkflasche. Die Trinkflasche und das Holzgehäuse werden von der Stiftung Terra Vecchia gefertigt. Die Gummibänder werden aus alten Traktorreifen hergestellt.

Art. 2300.034 / Fr. 35.–

TASCHENMESSER VICTORINOX HUNTSMAN LITE

Victorinox-Taschenmesser mit
21 Funktionen im Amnesty-Look.

Art. 2200.037.H / Fr. 63.–

SIGG-FLASCHE

Klassische Sigg-Flasche aus Aluminium (0,6 Liter).

Schwarz Art. 2300.031 / Fr. 27.–
Gelb Art. 2300.021 / Fr. 25.–

GUTSCHEIN AMNESTY-BON

Verschenken Sie einen Gutschein für den Amnesty-Shop. Dieser kann auch für eine Mitgliedschaft eingelöst werden.

Art. 0000.017.D.20 / Fr. 20.–

WASSERKARAFFE

Die edle Amnesty-Karaffe aus Recyclingglas.

Art. 2300.033 / Fr. 30.–

NOTIZBUCH

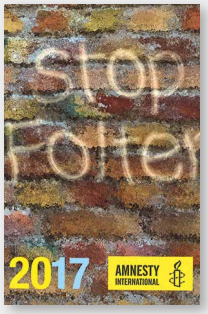
Das aussergewöhnliche Notizbuch aus rezykliertem Elefantendung. Grösse: 19,6 x 14,8 cm

Art. 2420.025 / Fr. 17.90.–

GYMBAG

100% Baumwolle, mit Reisverschlussfach innen.

Art. 2200.087 / Fr. 19.50.–



TASCHENAGENDA 2017

Der Klassiker. Format A6 (14,5 x 9,4 cm), eine Woche pro Doppelseite, broschiert und fadengeheftet. Deutsch.

Art. 2430.097 / Fr. 8.–

Mitglieder der Schweizer Sektion von Amnesty International erhalten 10 Prozent Rabatt auf Publikationen und Boutiqueartikel, mit Ausnahme der Kerzen.

Bestellungen an Amnesty International, Postfach, 3001 Bern, oder auf shop.amnesty.ch

ICH BESTELLE FOLGENDE ARTIKEL

Anzahl	Artikelbezeichnung	Grösse	Art.-Nr.	Preis

Name: Strasse:

Ort: E-Mail:

Tel.: Unterschrift:

Mitgliedernummer / Kundennummer (wenn bekannt):

BESUCHEN SIE UNSERE KURSE!

DAS NEUE KURSPROGRAMM 2017 IST DA

In den Amnesty-Kursen vermitteln wir Menschenrechtswissen und zeigen auf, wie Sie gegen Rassismus, Diskriminierung und Gewalt vorgehen können.

Wir freuen uns auf Sie!

WWW.AMNESTY.CH/KURSE

AMNESTY INTERNATIONAL

EDUQUA

Schweizerisches Qualitätszertifikat für Weiterbildungsinstitutionen
Certificat suisse de qualité pour les institutions de formation continue
Certificato svizzero di qualità per istituzioni di formazione continua

ZEWO ZERTIFIZIERT CERTIFIÉ CERTIFICATO

AMNESTY INTERNATIONAL Schweizer Sektion
Speichergasse 33 . Postfach . 3001 Bern
T: +41 31 307 22 22 . F: +41 31 307 22 33
contact@amnesty.ch . www.amnesty.ch
PC: 30-3417-8 . IBAN: CH52 0900 0000 3000 3417 8